

vpod

Bildungspolitik

Zeitschrift für Bildung, Erziehung und Wissenschaft

Corona-Krise und Digitalisierung

Sektion Zürich Lehrberufe

vpod
zürich

Pflichtlektion

Regionalteil beider Basel

GE

vpod basel lehrberufe

Regionalteil Bern

vpod **BERN** lehrberufe



Corona-Krise und Digitalisierung

Der Einsatz digitaler Unterrichtsmittel ist nicht mit Fernunterricht gleichzusetzen.

04 Welche Massnahmen sind nötig?

Einblicke in eine Sitzung der VPOD-Verbandskommission «Bildung Erziehung Wissenschaft».

06 Was bleibt von Corona?

Diskussionen der Redaktionsgruppe «vpod bildungspolitik».

07 Autonomie, Emanzipation, Solidarität

Welche Bildung wir brauchen.

10 Mit virtueller Realität lernen

Ein Beispiel aus der medizinisch-technischen Radiologie.

14 Fernunterricht HSK

Ergebnisse einer Umfrage.

Pflichtlektion Zürich

15 – 18 Das Mitgliedermagazin der Sektion Zürich Lehrberufe

- Aufbegehren an der ZHDK
- «Neue Normalität». Was unsere Lehrpersonen aktuell bewegt.
- Good to know: Stunden- und Lohnguthaben
- 10ni-Pause

Buch und Film

12 Was braucht die «Next Generation»?

Ein Buch über die Ausbildung bei Swisscom.

13 Generation Greta

Was sie denkt und fühlt.

20 Das Geschäft mit der Armut

Ein Film über den Einfluss der Lebensmittelindustrie.

22 Klimawandel verstehen

Wie Kinderbücher die Klimaproblematik vermitteln.

24 Furcht vor dem Volk

Ein Buch über eine politische Projektionsfläche.

24 Demokratie in der Schweiz

Wie soziale Bewegungen und sozialer Ausschluss die Schweizer Demokratie prägten.

Aktuell

19 Alltag als Herausforderung

Eine Kampagne zur Förderung von Grundkompetenzen Erwachsener.

25 Fragen beantworten oder Fragen stellen

Klassen mit altersdurchmischem Lernen ermöglichen verschiedene Rollen.

27 Mehr Mittel für Musikunterricht!

Die Corona-Pandemie ist für Musikschulen und -Lehrpersonen eine existentielle Herausforderung.

Basel

28 Schulstart beider Basel

29 Lehre, Matur, Chancengleichheit

30 Kerstin Wenk im Portrait

Impressum

Redaktion / Koordinationsstelle

Birmensdorferstr. 67
Postfach 8279, 8036 Zürich
Tel: 044 266 52 17
Fax: 044 266 52 53

Email: redaktion@vpod-bildungspolitik.ch

Homepage: www.vpod-bildungspolitik.ch

Herausgeberin: Trägerschaft im Rahmen des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD

Einzelabonnement: Fr. 40.– pro Jahr (5 Nummern)
Einzelheft: Fr. 8.–

Kollektivabonnement: Sektion ZH Lehrberufe; Lehrberufsgruppen AG, BL, BE (ohne Biel), LU, SG.

Satz: erfasst auf Macintosh

Layout: Sarah Maria Lang, Brooklyn

Titelseite Foto: [prophoto24 / stock.adobe.com](https://www.gettyimages.com/detail/photo/stock-photos)

Druck: Ropress, Zürich

ISSN: 1664-5960

Erscheint fünf Mal jährlich

Redaktionsschluss Heft 219:

12. Oktober 2020

Auflage Heft 218: 2800 Exemplare

Zahlungen:

PC 80 - 69140 - 0, vpod bildungspolitik, Zürich

Inserate: Gemäss Tarif 2011; die Redaktion kann die Aufnahme eines Inserates ablehnen.

Redaktion

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
Johannes Gruber

Redaktionsgruppe

Susanne Beck-Burg, Christine Flitner, Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach, Markus Holenstein, Ute Klotz, Ruedi Lambert (Zeichnungen), Thomas Ragni, Michela Seggiani, Béatrice Stucki, Ruedi Tobler, Yvonne Tremp (Präsidentin), Peter Wanzenried, Kerstin Wenk

Beteiligt an Heft 218

Sophie Blaser, Monika Eicke, Lilian Hegglin, Andreas Hellgermann, Ruedi Keller, Katrin Meier, Fabienne Müller, Susi Oser, Angelika Pfäfflin, Martin Stohler, Silvana Werren

Am späten Abend vor Drucklegung erreichen mich noch die Ergebnisse der OECD-Publikation «The Impact of Covid-19 on Education. Insights from Education at a Glance» – unter Anbahnung einer Sperrfrist bis 8. September, 11 Uhr. Spektakulär allerdings muten diese 31 Seiten nicht gerade an. In der Einleitung wird unter anderem die Vermutung bemüht, dass der 2020 aufgrund der Corona-Pandemie ausgefallene Unterricht sich auch in geringeren Kompetenzen und schliesslich in einer tieferen Produktivität der Schulabgänger*innen zeigt: das Bruttoinlandsprodukt könnte aufgrund des Unterrichtsausfalls, so die Bildungsökonominnen Eric Hanushek und Ludger Wössmann, den Rest des Jahrhunderts durchschnittlich 1.5% tiefer liegen. Zum guten Schluss der Publikation findet sich sodann der Appell, dass aus der Krise zu lernen sei und das Bildungssystem dazu beitragen soll, unsere Gesellschaft resilienter zu machen.

Nun ja, die «vpod bildungspolitik» hat in den letzten beiden Nummern anhand vieler Praxisberichte ausführlich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Schule und Unterricht dargestellt. Inzwischen hat der VPOD eine systematische Umfrage über die Probleme durchgeführt, mit denen die Lehrpersonen von Mitte März bis Juni konfrontiert waren (vgl. S. 4-5). Dies auch, um die Herausforderungen zu verorten, die es im neuen Corona-Schuljahr anzugehen gilt. Wichtig ist hier sicherlich auch der Umgang mit digitalen Unterrichtsmitteln. Worum es dabei geht, bringt Andreas Hellgermann in seinem Beitrag zu dieser Nummer trefflich auf den Punkt: «Eine an Emanzipation, Autonomie und Solidarität orientierte Bildung wird keine sein, die sich mit einem romantisierenden Blick nach einer computerlosen Zeit zurücksehnt, aber sie wird jeweils fragen müssen, inwiefern der Computer einer emanzipatorischen Bildung dienen kann und nicht umgekehrt die Bildung den Verwertungsinteressen des neoliberalen digitalen Kapitalismus.» (vgl. S. 9). Die Antworten auf diese Fragen könnten wohl tatsächlich zu einer höheren gesellschaftlichen Resilienz beitragen.



Johannes Gruber
vpod bildungspolitik

Leserbrief

Runter vom Sockel mit dem PISA-Gockel!

Der Beitrag «Wie sich öffentliche Schulen in einer privatkapitalistischen Welt behaupten» (vpod bildungspolitik 217, Juni 2020) nimmt PISA als Referenz. PISA basiert auf einem einfältigen Bildungsverständnis, weil es dabei nur um Mathematik, Sprache und Naturwissenschaften geht. PISA ist zudem typisch für eine Welt, die sich engstirnig und konkurrenzorientiert, aber substanziell perspektivenlos auf einem «Immer-noch-mehr-Karussell» dreht. Eine Welt, die am Zusammenbrechen ist, weil dafür die Finanzen und die Ressourcen fehlen. PISA antizipiert eine Zukunft, die es so gar nicht mehr geben kann. Und das nicht erst seit Corona.

Wenn möglichst alle möglichst heil durch Krisen kommen sollen und wollen, die global, national und lokal auf den Schwellen zittern, braucht es ein ganz anderes Gesell- und Wirtschaften. Und dafür auch eine ganz andere Bildung. Mit Kosmetik [...] ist der Wandel dafür nicht zu schaffen. Gefragt ist ein inklusiv-ko-kreativer, konstruktiv-sachorientierter Umgang mit Vielfalt sowie mit den Chancen und Herausforderungen, die sich dabei ergeben. Und es braucht vor allem und immer wieder und überall eines: Kooperation (anstatt immer noch mehr Wettbewerb bis zum «Geht-nicht-mehr!»). Runter vom Sockel mit dem PISA-Gockel: Verzichten kann es richten!

Ueli Keller, Europäisches Netzwerk Bildung@Raum



Am 5. September traf sich die VPOD-Verbandskommission «Bildung Erziehung Wissenschaft» zur ersten regulären Sitzung seit Februar dieses Jahres. Im Mittelpunkt stand die Diskussion, welche bildungspolitischen Lehren aus den Corona-Monaten zu ziehen sind, welche Herausforderungen sich im neuen Schuljahr stellen und mit welchen Mitteln diese bewältigt werden können.

Welche Massnahmen braucht es im laufenden Schuljahr?

Lehr- und Fachpersonen im VPOD diskutieren, was getan werden muss, damit auch unter Corona-Bedingungen gute Bildung für alle gewährleistet ist. Von zentraler Bedeutung sind hier die Arbeitsbedingungen und Ressourcen für die Lehrpersonen.

Von Johannes Gruber

Anfang September 2020 hat mittlerweile in allen Kantonen bereits wieder das neue Schuljahr begonnen. Wir erinnern uns: Die vorübergehende Einstellung des Präsenzunterrichts, dessen Ersatz durch Formen des Fernunterrichts wie auch der Neustart Ende des letzten Schuljahres waren grosse Herausforderungen für die Lehrpersonen, deren Engagement, Improvisationskunst und Mehrarbeit gefragt war, um den Schulbetrieb überhaupt aufrechtzuerhalten. Nur indem sie grosse Zusatzbelastungen wie selbstverständlich bewältigten, trugen sie die Schule durch die Corona-Krise.

Sondierung der Lage

Weil wir erfahren wollten, welche Erfahrungen die Lehrpersonen während dieser Zeit bei ihrer Arbeit gemacht haben, lancierten wir eine Umfrage, an der sich über 600 Lehrpersonen aller Stufen beteiligten. Die detaillierten Ergebnisse finden sich im VPOD-Magazin (Ausgabe September 2020) sowie auf der Homepage vpod.ch.

In den Rückmeldungen angesprochen wurde immer wieder die Kommunikation und Personalführung der Schulleitungen während der Corona-Pandemie. Dass Schulleitungen «differenziert, wertschätzend, stützend und ermutigend» agierten, gab es



Was tun?

Die Verbandskommission «Bildung Erziehung Wissenschaft» diskutierte am 5. September, welche Massnahmen erforderlich sind, um auf die gegenwärtige Situation zu reagieren. In jedem Fall, so der Tenor, muss dem Gesundheitsschutz Rechnung getragen werden: Doppelte Arbeitsbelastung, die im letzten Schuljahr mit dem Unterricht in der Klasse und von Schüler*innen in Quarantäne verbreitet war, gilt es unbedingt zu verhindern. Besonders gefährdete Lehrpersonen, auch schwangere Lehrerinnen, muss das Recht zugestanden werden, sich vom Unterricht freustellen zu lassen. Dabei sollte volle Lohnfortzahlung gewährleistet werden. Indess gilt es für die Schüler*innen, kostenlose und geeignete Masken zur Verfügung zu stellen.

Die anwesenden VPOD-Lehrpersonen waren sich einig, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Schwierigkeiten zugenommen hat. Es brauche massive Investitionen der Kantone und einen damit einhergehenden Ausbau an Ressourcen, um zu verhindern, dass die soziale Ungleichheit des Lernerfolgs unter den aktuellen Schüler*innen noch weiter anwächst.

Insbesondere bei der Grösse der Schulklassen muss hier angesetzt werden. Waren schon vor der Pandemie viele Klassen zu gross, führte die Situation unter Covid-19 dazu, dass manche Klassen nochmals vergrössert werden mussten. Hier seien mehr Ressourcen sinnvoll und auch vonnöten.

Stellten im letzten Schuljahr viele Lehrpersonen notfallmässig und mit viel individueller Improvisation auf Fernunterricht um, so muss es jetzt darum gehen, seriöse Konzepte und Ressourcen für qualitativ hochwertigen digitalen Unterricht zur Verfügung zu stellen und Probleme des Datenschutzes und kommerzialisierter Software zu lösen. Während Formen digitalen Unterrichtens im Rahmen des Präsenzunterrichts inzwischen eine selbstverständliche Option sind, gelte es jedoch Fernunterricht mit allen Mitteln zu vermeiden. Dies sei möglich, wenn bei Covid-19-Verdacht konsequent Quarantänemassnahmen für betroffene Personen und Gruppen ergriffen werden.

Doch falls im Extremfall tatsächlich wieder mit Fernunterricht gearbeitet werden müsste, so die Meinung der Verbandskommission, muss die Schule auch bei Bedarf allen Schüler*innen die notwendige Ausstattung zur Verfügung stellen. Für die Lehrpersonen brauchte es dann Massnahmen zur Begrenzung der individuellen Arbeitsbelastung sowie der Vereinbarkeit von Fernunterricht und der Kinderbetreuung in der eigenen Familie. Was es in jedem Falle zukünftig braucht, ist ein professionelles Agieren und klares Kommunizieren der Schulleitungen.

■

durchaus. Insgesamt aber dürfte, so VPOD-Zentralsekretärin Christine Flitner, hier eine der Baustellen sein, wenn es im laufenden Schuljahr darum geht, guten Unterricht zu leisten: «Einige Schulleitungen müssen über die Bücher, was ihre Führungsmethoden und den Informationsfluss angeht. Top-down-Direktiven ohne Rücksprache mit den Lehrpersonen sind nicht einfach schlechter Stil, sondern es geht auch wertvolles Erfahrungswissen der Lehrpersonen verloren und zudem führt es zu schlechter Stimmung innerhalb des Teams, zu verstecktem Widerstand, Handlungsunfähigkeit, und es steigert die Erschöpfungsraten bei den Lehrpersonen. Die Unterschiede in Bezug auf Resilienz bei den Lehrpersonen in der Krise war auffallend häufig mit negativen Rückmeldungen zum Leitungsverhalten verbunden.»

Für Lehrpersonen mit Kindern unter 16 Jahren war die Vereinbarung von Betreuungspflichten und Erwerbsarbeit im Homeoffice eine grosse Herausforderung. Doch darüber hinaus waren gemäss Christine Flitner auch andere Gruppen von Mehrfachbelastungen betroffen: «Deutlich wurde [...], dass auch Personen ohne Betreuungspflichten im eigenen Haushalt teilweise vielfältige Zusatzbelastungen managen mussten. Insbesondere die psychische und

physische Versorgung von alten Eltern wurde mehrfach erwähnt.»

Es ist klar, dass eine unvermittelte grundlegende Umstellung des Unterrichts, wie es der Ersatz von Präsenz- durch Fernunterricht fraglos war, nicht bruchlos gelingen kann. Zwar wurde hier von den Lehrpersonen teilweise Beachtliches geleistet, doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Fernunterricht nur ein Notbehelf war. Bei diesem fielen wesentliche Dimensionen schulischen Lernens weg, wie etwas das informelle Lernen von Schüler*innen, die in einer Klasse physisch nebeneinander sitzen. Auch ist es keineswegs so, dass alle Schüler*innen das Equipment für Fernunterricht zur Verfügung hatten. Zwar verfügen tatsächlich die meisten von ihnen heute über ein Smartphone, doch in den Familienhaushalten mangelte es oft an Computer, Drucker, Kamera und einer ausreichenden Internetverbindung. Und auch wenn die Lehrpersonen so gut wie immer über einen eigenen Computer verfügen, sind damit noch nicht die Fragen geklärt, über welche Kanäle und mit welchen Mitteln kommuniziert wird, mit welchen Programmen gelernt wird. Technisch und finanziell waren die Lehrpersonen hier oft auf sich allein gestellt – wie auch bei Fragen des Datenschutzes.

Unsere Redaktion diskutiert intensiv die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zukunft des Schweizer Bildungssystems.

Was bleibt von Corona?

Eine Diskussion der Redaktionsgruppe der «vpod bildungspolitik».
Von Johannes Gruber

Während der Corona-Pandemie musste auch die Redaktionsarbeit unserer Zeitschrift ausschliesslich online stattfinden. Redaktionssitzungen fanden als Videokonferenzen statt. Die Herausforderungen, die sich mit der Einstellung des Präsenzunterrichts bzw. dessen Wiederaufnahme stellten, waren auch die Schwerpunktthemen der letzten beiden Ausgaben im Mai (216) und Juni (217) dieses Jahres. Zusätzlich fanden in unserer Redaktion aber auch intensive Diskussionen darüber statt, welche Auswirkungen die aktuellen Vorgänge auf die Zukunft des öffentlichen Bildungssystems haben. Zum jetzigen Zeitpunkt überlegen wir, in welcher Weise wir die Ergebnisse unserer Diskussionen zugänglich machen sollen. Hier schon einmal ein paar Einblicke in ausgewählte Gedanken und Thesen, die ich aus meiner Perspektive für wichtig halte.

Was könnte sich ändern?

Zuerst: Ob sich überhaupt etwas ändern wird, ist alles andere als gewiss. Bildungssysteme sind in der Regel erfahrungsgemäss über Jahrzehnte stabil, wenn nicht gar starr. Auch wenn etwa Zweifel über die Funktionalität des Bildungsföderalismus in solchen Krisen geäussert werden – auch in unserer Redaktion übrigens: ein Mitglied wies auf die Unsicherheiten bei den Lehrabschlüssen im letzten Schuljahr hin –, ist hier beim besten

Willen wohl kein Paradigmenwechsel zu erwarten.

Zwar dürfte die Corona-Krise als Treiber ohnehin schon vorhandener Trends wirken, wie etwa eines zukünftig zunehmenden Einbezugs von digitalen Technologien in den Schulunterricht. Aber ändert sich damit bereits Wesentliches? Absehbar ist mit der ökonomischen Krise allerdings ein Spardruck, der auf unsere Schulen zukommen dürfte. Wird die Corona-Krise zum Auslöser für neue Sparrunden im Bildungssystem? Was würde das für die Qualität unseres Bildungssystems bedeuten? Konkret: Für laufende Reformen wie frühkindliche Förderung, Inklusion, Tagesschulen, die zumindest zu einer Annäherung an Chancengleichheit in unserem Bildungssystem beitragen sollen.

Spar-Dystopie

Falls, wie in der Redaktionsdiskussion befürchtet wurde, infolge der Corona-Krise Verwerfungen wie eine Verdopplung der Schweizer Staatsschulden von rund vierzig auf achtzig Prozent des BIP stattfinden sollten, wäre die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass anstatt der öffentlichen Finanzierung zusätzlicher Ressourcen (mehr Lehrpersonen, kleinere Klassen etc.) eher ein Abbau stattfindet. Dies wäre fatal, denn mehr Ressourcen sind alleine schon deswegen nötig, um zukünftig auf Krisen wie die Corona-

Pandemie besser vorbereitet zu sein und in diesen über grössere Handlungsspielräume zu verfügen. Auch ist meines Erachtens der in der Schweiz verbreitete öffentliche Spardiskurs ideologisch gefärbt: Ein Ausbau der Staatsschulden für produktive Investitionen ist gerade ökonomisch geboten. Setzen sich jedoch die Sparideologen durch, könnte die Qualität des öffentlichen Bildungssystems stark beschädigt werden: In der Diskussion wurde etwa der dystopische Gedanke in die Runde geworfen, dass aus Kostengründen für den Unterricht ab der Sekundarschule partiell über kurz oder lang rein elektronische Lernmittel den Einsatz von Lehrkräften ersetzen könnten.

Politisches Engagement nötig

Bei solchen Entwicklungen würde zudem drohen, dass private Anbieter auf den Bildungsmarkt drängen und der Bedarf nach guter Bildung dann nur mehr für eine zahlungsfähige Klientel sichergestellt ist. Dies wäre aus gewerkschaftlicher Sicht unbedingt zu verhindern. Und da es sich nicht um naturwüchsige ökonomische Prozesse handelt, so eine These, sondern um grundlegende politische Entscheidungen, für die es gesellschaftliche Mehrheiten braucht, haben wir auch alle Möglichkeiten dazu, den Abbau und die Privatisierung von Bildung zu verhindern. Eine Gelegenheit hierfür dürfte die immer wieder aufflammende Diskussion um Bildungsgutscheine sein. Unser Engagement für die Verteidigung und den qualitativen Ausbau unseres Bildungssystems sei auch dringend nötig, so eine Einschätzung, denn die Zunahme von Leistungsunterschieden der Schüler*innen respektive damit verbundenen Chancengleichheiten ist alleine schon aufgrund des schulischen Notbetriebs Ende letzten Schuljahres, insbesondere des Fernunterrichts, zu beobachten. Sollte dieser anhaltend wiederkehren, dürften sich diese Ungleichheiten wohl immer weiter vergrössern.

Corona als Katalysator sozialen Lernens?

Zeigt sich bei allen Herausforderungen nicht auch, dass die Corona-Krise Solidarität unter den Menschen beförderte? Mit neuen Kontaktformen und Gesten, konnten wir uns in der Krise unsere Fähigkeit zu Perspektivenwechsel und Mitmenschlichkeit in Erinnerung rufen. Die Schule sollte diese Impulse sozialen Lernens für die zukünftige Praxis aufgreifen, so der Wunsch eines Redaktionsmitglieds.

Die Redaktion war sich jedoch einig, dass es zum jetzigen Zeitpunkt vor allem die Fragen sind, die bleiben. ■

Gleicht die postmodern-neoliberale Schule einem Raumschiff, das orientierungslos durch den Weltraum driftet?

Autonomie, Emanzipation, Solidarität

Welche Bildung wir brauchen. Von Andreas Hellgermann

Gibt es eigentlich ein «Bildungsnarrativ»? Das Ende der Grossen Erzählungen, wie es die Postmoderne ausgerufen hatte, war der Beginn der Narrative.¹ Fast schien es so, als würden in Ermangelung einer sinngebenden Erzählung Narrative wie Pilze aus dem Boden schiessen. Das Praktische an Narrativen ist ja, dass man sie sich ausdenken kann, gerade so, wie man sie braucht. Die EU braucht ein Narrativ, ein Unternehmen gibt sich ein Narrativ, das Treffen der G20² und ein grosses Sportereignis wie die Olympischen Spiele müssen um ein Narrativ herum organisiert werden, damit der Sinn des Ganzen bei den Menschen ankommt. Und auch dann, wenn man ein neues Produkt einführt, kommt keine Marketingabteilung darum herum, ihm ein Narrativ auf den Leib zu schneiden. Gibt es also auch ein Bildungsnarrativ? Ich fürchte, ja. Und wahrscheinlich sind es viele, die an verschiedenen Stellen aufscheinen: Die Kompetenz ist das Zentrum der Bildung! Lehrer_innen werden zu Coaches und Lernberater_innen! Wenn Schüler_innen in der Schule lernen, Situationen zu bewältigen, dann sind sie auch im wirklichen Leben handlungsfähig! Und noch ein verführerisches Narrativ: Lernende konstruieren ihr Wissen selbst und eigenständig und lagern so kein träges Wissen ein.

Ganz aktuell werden um die Digitalisierung von Bildung herum die unterschiedlichsten Narrative gesponnen und an diesen ist immer etwas dran. Sie sind nie nur falsch, weil sie an tatsächliche Erfahrungen aus der

(Bildungs-)wirklichkeit andocken und ihre Plausibilität in eine bestimmte Richtung weiterentwickeln. Zugleich aber verbergen sie etwas: den ihnen unterlegten Imperativ bzw. die in ihnen verborgene Wirkung. Und sie lassen vergessen, worum es in Bildung ganz offenkundig nicht mehr geht: Autonomie, Emanzipation, Solidarität.³

Wo es nur noch Regeln gibt

Das Fehlen dieser Begriffe zeigt sich vor allem in einem den postmodern-neoliberalen Kapitalismus durchziehenden Nihilismus, der ein Grund dafür ist, Narrative zu erfinden, die als Orientierungsanker oder besser -ersatz fungieren sollen. Schon vor Beginn der Postmoderne hatte Günther Anders, der grosse Technikkritiker, Ende der 1950er Jahre auf die nihilistischen Grundzüge unserer Kultur hingewiesen. Am Ende des ersten Bandes seiner «Antiquiertheit des Menschen» entwickelt er das Bild eines grossen Schiffes, das durch den Weltraum zieht, ohne Sinn und Orientierung, aber Regeln als letzte Orientierungskrücke zurückbehält: «Mit abgeblendeten Lichtern, keinem Gotte erwünscht, aber auch keinem unerwünscht; von keinem geleitet, aber auch von keinem behindert – sagen wir ruhig: keinem Gotte bekannt, zieht ein riesiges Schiff durch das Sternbild des Orion. Wo es herkommt, wenn es irgendwo herkommt; welches Ziel es ansteuert, wenn es eines ansteuert, ist auch uns unbekannt. Vieles spricht dafür, dass die Erwähnung des Schiffes sich erübrigt, da es

über kurz oder lang, wie alle seinesgleichen, im Dunkeln zergangen, also nur so dagewesen sein wird, als wäre es niemals dagewesen. Trotzdem – und das ist das Einzige, was uns mit Sicherheit über das Schiff bekannt ist – trotzdem sind die Wände der Kajüten mit den Regeln der Schiffsordnung bedeckt, also von Regeln, die sanktioniert wurden von Einem, der selbst nicht sanktioniert wurde; aber dass diese Regeln das wimmelnde Leben an Deck aufs reibungsloseste in Gang halten, braucht nicht bestritten zu werden. – Übungsfrage: Sind diese Regeln verbindlich?»

Trifft dieses Bild nicht auch die Situation der postmodern-neoliberalen Schule? Wenn Schüler_innen wissen, was sie zu tun haben, und wenn ein Lehr-Lernarrangement so aufgebaut ist, dass sie mit diesem Wissen zurechtkommen, gilt das als guter Unterricht, im Idealfall getragen durch Digitalität. Die oben angeführten Narrative helfen nun, ihn zu deuten. Wenn auch kaum jemand noch sagen kann, was denn eigentlich Bildung sei, so bleiben auf jeden Fall Regeln zurück.⁴ Sie stellen sogar einen Rettungsanker dar. Sie müssen auch nicht mehr sichtbar irgendwo stehen. Sie sind um so besser und wirksamer, je mehr sie verinnerlicht worden sind. Auf unserem Schiff werden für die Regeln keine Schilder aufgestellt. Sie stehen, vielleicht unsichtbar geschrieben, an allen Wänden und sind so nur umso präsenter. Im Anschluss an Anders liesse sich fragen, wer diese Regeln sanktioniert, ohne selbst sanktioniert zu werden. Dass es sich hier nicht um den

personifizierbaren «Einen» handelt, von dem Anders spricht, sollte klar sein. Vielmehr spiegeln die Regeln eine neoliberale Gesellschaft wider, für die Bildung – oder besser: die Reduzierung von Bildung auf Ausbildung – essentiell ist. Solche Regeln werden hervorragend durch die Wirkungsweise digitaler Medien transportiert, insofern sie sich besonders gut in der Handhabung und Bedienung der Geräte, Apparaturen und Software «verstecken» und durch ihre Nutzung wie selbstverständlich mitgelernt werden. Die Regeln werden zu einem dünnen Gerüst, das nur notdürftig ihren nihilistischen Hintergrund verschleiert. Wo es nur noch Regeln gibt, braucht es sinngebende Narrative, die die Armut des Bildungsbegriffs zumindest ansatzweise verdecken oder legitimieren können: Auf Ausbildung – Employability – reduzierte Bildung beerbt den Bildungsbegriff, vollzogen durch eine Kompetenz- und Handlungsorientierung, die von Autonomie, Emanzipation und Solidarität nichts mehr wissen will und muss.

In Verhältnis zum Ganzen über das Gegebene hinaus

Wir müssen Bildung als etwas anderes in Erinnerung rufen. Nur ein entscheidender Punkt sei hier genannt. Für Helmut Peukert ist Bildung an eine umfassende Form der Vernunft gekoppelt. «Es geht also um die Bestimmung von Vernunft, sofern Vernunft die Fähigkeit bezeichnet, sich zum Ganzen in

ein Verhältnis zu setzen; und insofern geht es auch darum, Bildung zu bestimmen.»⁵ Sich zum Ganzen in ein Verhältnis zu setzen, macht Bildung erkennbar. Wenn man kompetenzorientierte Lehrpläne aufmerksam studiert, kann man feststellen, dass genau diese «Kompetenz» nicht vermittelt wird: Wer lernt, eine Situation zu bewältigen und dies mit den Mitteln der Situation, sich immer in der Situation befindend, für den ist es kaum notwendig, sich zu der Situation selbst in ein Verhältnis zu setzen, ja, die Situation als Ganzes zu hinterfragen und zu erkennen, dass sie verändert werden muss, vielleicht sogar grundlegend.

Auf diese Weise produziert das neoliberale Bildungsparadigma genau die Subjekte, die der neoliberale globale Kapitalismus benötigt, um aufrecht erhalten zu werden. Tauchen Probleme auf, so sollen sich die Mittel zur Problemlösung in der Situation selbst finden. Dies lässt sich an einem einfachen Beispiel erläutern. Nicht wenige haben verstanden, dass im Wachstumsparadigma des globalen Kapitalismus das Grundproblem wurzelt, das sich in der fortschreitenden Klimakatastrophe zeigt. Dennoch werden Lösungsvorschläge gemacht, die auf Mittel zurückgreifen, die Teil des Problems sind und damit nur das Problem verlängern. In der Schule gibt es eine Vielzahl von Beispielen dafür. Eine Unterrichtsreihe zu nachhaltiger Entwicklung mündet in nachhaltigem Konsum (sprich: der Markt als Lösung), anstatt in der Erkenntnis, dass das ökonomische System selbst grundlegend verändert werden muss. Allein aus dieser Erkenntnis würde dann die handlungsorientierte Frage resultieren, wie das denn gehen könne. Doch eine Bildung, die eine Verhältnisbestimmung zum Ganzen gerade nicht ermöglicht, muss in solch ein Dilemma führen – und wäre in letzter Instanz keine. Sie konterkariert auch die Orientierung von Bildung an Autonomie, Emanzipation und Solidarität, insofern sie Subjekte zwar handlungsfähig macht, aber ihre Handlungsfähigkeit durch die Situation bzw. durch die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse fremdbestimmt und zugleich sanktioniert. Autonomie und Emanzipation wären erst dann (ansatzweise) erreicht, wenn Handlungsentscheidungen über die gegebenen Rahmenbedingungen hinaus möglich wären. Angesichts der Klimakatastrophe wäre dies mehr als notwendig. Dass allein hierdurch die Voraussetzungen für solidarisches Handeln geschaffen würden, muss nicht eigens ausgeführt werden.

In all dem zeigen sich die wesentlichen Punkte, die eine Schule im Neoliberalismus⁶ ausmachen: die Reduktion von Bildung auf Ausbildung; die Etablierung von Handlungsfähigkeit in einer gegebenen Situation, die Nicht-Infragestellung der Situation/

der gegebenen Verhältnisse selbst und die Individualisierung der Lösungen und des damit verbundenen Handelns. Doch gibt es die neoliberale Schule nicht. Eher könnte man davon sprechen, dass es sich bei der neoliberalen Schule um eine Grundstruktur handelt, die sich auf unterschiedliche Weisen in konkreten Schulen zeigt. Der Grad ihrer Ausformung ist von vielem abhängig: von den äusseren Gegebenheiten ebenso wie von den Lehrer_innen, aber auch ihren Schüler_innen. Vor allem aber ist es wichtig, sich immer wieder klarzumachen, dass Bildung nicht (nur) die Aufgabe hat, den Status quo aufrecht zu erhalten. Das tut sie vorrangig als Ausbildung. Wirkliche Bildung konstituiert sich erst da, wo die Möglichkeit eröffnet wird, über das Gegebene hinauszugehen. Vielleicht ist das keine hinreichende Bedingung, eine notwendige schon: dass Lehrer_innen erst dann zu guten Lehrer_innen werden können, wenn sie dies für ihr pädagogisches Handeln in Anspruch nehmen.

Falsche Reduktion und Optimierung

In dieser Gemengelage ist eines der aktuellsten Konfliktfelder die Digitalisierung.⁷ Sie ist ein fünftes Charakteristikum der neoliberalen Schule. Dafür gibt es nicht nur äussere Gründe wie zum Beispiel die unlösbare Verbindung des neoliberalen Kapitalismus mit den Digitalkonzernen und den ökonomisch-technischen Entwicklungen der Automatisierung und Robotisierung der Arbeit. Oder die neuen Kontrollmechanismen sowie die Bildung als unerschöpfliches Reservoir für den Datenextraktivismus. All diese Punkte können hier nicht weiter ausgeführt werden. Ein Aspekt ist jedoch zentral, insofern er eine innere Verbindung zur Logik der Kompetenz- und Handlungsorientierung darstellt: Digitalisierungsprozesse in der Bildung etablieren eine Vernunftform, die auch die Vernunft der neoliberalen Bildung ist. Ihr Kennzeichen ist die einseitige ökonomische Vernunft – eine «halbierte» Vernunft –, die gelernt hat, das jeweils «Richtige» aus der Situation abzuleiten und sich daran zu orientieren. Dem entsprechen auch die vielen Beispiele, die eine neue Welt des digitalen Lernens versprechen. Emanzipatorisch sind sie in der Regel nicht, insofern sie auf einer technischen Ebene verharren und zugleich verschleiern, was denn eigentlich, im Hintergrund gelernt wird. Wenn eine QR-Code-Ralley nichts anderes ist als eine Form, Fragen zu verschlüsseln und dann mit Hilfe eines Smartphones Antworten und zugleich Bewertungen zu bekommen, so ist dies erschreckend banal. Aber dabei wird doch etwas gelernt und das sehr früh: dass das Smartphone (hier in Verbindung mit einem Informationen verschlüsselnden Code) der geeignete und zentrale Apparat ist,



«Ich werde manchmal gefragt: Fürchte ich, dass wir menschenähnliche Roboter haben werden? Nein. [...] Aber ich fürchte mich, wie viele roboterähnliche Menschen wir haben.»

sich die Welt oder den jeweils zugewiesenen Ausschnitt der Welt zu erschliessen und auf diese Weise eine Situation zu bewältigen.⁸

Für die Vernunft, die durch Digitalisierungsprozesse etabliert wird, ist Information essentiell und Schüler_innen lernen, aus allem die Information und nichts als die Information zu entnehmen – sie zu «entschlüsseln»: Auch dieser Begriff verweist schon auf den digitalen Code. «Während es üblicherweise heisst, dass die Rechner bald denken und selbst lernen, sind wir eher dabei, das Denken in die Niederungen des Prozessierens zu verabschieden. Genauer gesagt hat sich das Bild, das sich das Denken von sich macht, allzu oft auf einen schlichten Prozess des Verrechnens reduziert.»⁹ Die Information ist zum zentralen Begriff der Digitalisierung geworden und gleichermaßen zum zentralen Begriff des Lernens. Das Lernen selbst wird auf den Prozess reduziert und was vom Inhalt übrigbleibt, ist Information. Und damit verändert sich unser Denken und unsere Vernunft.

Joseph Weizenbaum, einer der Pioniere des Computers und später einer seiner schärfsten Kritiker, hat in einem Vortrag das Problem, das ein Bildungsproblem ist, auf den Punkt gebracht: «Ich werde manchmal gefragt: Fürchte ich, dass wir menschenähnliche Roboter haben werden? Nein! Na ja, doch, ein bisschen. Aber ich fürchte mich, wie viele roboterähnliche Menschen wir haben.»¹⁰ Pointiert kennzeichnet er das Subjekt, das sich der instrumentellen Vernunft¹¹ unterworfen hat, oder auch: dieser Vernunft unterworfen wurde. Es wird in der jeweiligen Situation die passenden Lösungen finden, und es wird zur Kritik seiner selbst und zur Optimierung der Prozesse einen adäquaten Beitrag leisten und gemäss eines geregelten Verfahrens, einer Methode, beim nächsten Mal handlungssicherer sein. Das ist ein Grund, warum Methoden in der Schule eine solch grosse Bedeutung haben. In all ihrer Banalität sind sie die Verregelung

autonomen Denkens. Damit wird das Subjekt nicht lernen, kritisch mit der Situation als Ganzes umzugehen, nicht lernen, sie möglicherweise zu verändern, weil genau das notwendig ist.

Fünf Punkte zur Orientierung

Was wäre dem entgegenzusetzen? Eine an Emanzipation, Autonomie und Solidarität orientierte Bildung wird keine sein, die sich mit einem romantisierenden Blick nach einer computerlosen Zeit zurücksehnt, aber sie wird jeweils fragen müssen, inwiefern der Computer einer emanzipatorischen Bildung dienen kann und nicht umgekehrt die Bildung den Verwertungsinteressen des neoliberalen digitalen Kapitalismus. Zur Orientierung können fünf Punkte hilfreich sein.¹²

1 ■ Wir benötigen ein anderes Verständnis von dem, was eine (Lern-)Situation ist, als es in den Bildungsplänen vorgegeben wird. Sie ist nicht das, was wir als Lernlass in den Unterricht einbringen, sondern der Ausgangspunkt des Lernens selbst, das, worin wir uns mit den Schüler_innen gemeinsam befinden. Situationen dienen dann nicht mehr dazu, «bewältigt» zu werden, sondern sie zu verstehen und dadurch Handlungsfähigkeit zu erlangen. Das heisst aber auch, dass die Situation «falsch» sein kann. Zu handeln würde nicht bedeuten, auf findige Art und Weise ihren jeweiligen Anforderungen zu entsprechen, sondern den Mut zu entwickeln, die falschen Rahmenbedingungen selbst zu verändern. Dies würde zu einem anderen Unterricht führen und ein erster emanzipierender Schritt könnte getan werden. Die Situation ist nicht abgekoppelt von einem gesellschaftlichen Zusammenhang, ja, sie ist eingebettet in eine gemeinsame Welt.

2 ■ Wir leben in einer Welt, die versucht, die Welt zum Verschwinden zu bringen. Die plurale Postmoderne geht einher mit dem Verlust von (gemeinsamer) Welt: Jeder ist in seiner eigenen Welt seines Glückes Schmied. Vor allem konstruktivistische Lerntheorien betonen die prinzipielle Unzugänglichkeit von Welt und Wahrheit des jeweils anderen. Dagegen muss die gemeinsame Welt behauptet und zugänglich gemacht werden. Selbstverständlich gehören wir Lehrer_innen ihr auch an. Besonders wichtig hierbei: dass auch der Computer Teil dieser Welt ist und nicht ihre virtuelle Gegenwelt. Nur indem wir eine gemeinsame Welt behaupten und zur Basis unseres pädagogischen Handelns machen, ermöglichen wir eine Erfahrung, die der systematischen Vereinzelung gegenübersteht und eine grundlegende Voraussetzung für Solidarität ist.

3 ■ Die Situation, die in der Welt ist, eröffnet den Raum des Dialogs. Der brasilianische Befreiungspädagoge Paulo Freire spricht deshalb von dialogischer Bildung.¹³ Der Dialog und die Bereitschaft der LehrerInnen, sich auf einen Dialog mit den Schüler_innen über die gemeinsame Welt und unsere Erfahrungen in ihr einzulassen, ist die Voraussetzung dafür, das, was Freire die Bankiersmethode (oder auch: Nürnberger Trichter) nennt, zu überwinden. Die alte Schule lagerte das Wissen in die Schüler_innen ein, das ihnen von den Lehrer_innen gegeben wurde. Auch kompetenz- und handlungsorientiertes Lernen will diese Art der Wissensvermittlung nicht mehr, will sich aber andererseits nicht dialogisch in den Lernprozess einbringen. Stattdessen sollen Lehrer_innen hier zu Coaches und Berater_innen werden, die ausserstehend den Prozess begleiten und dabei möglichst unsichtbar werden. Das hier auftauchende Bild ist das von Berater_innen, die durch Managementetagen ziehen und auch das private Leben einem permanenten Optimierungsprozess unterwerfen.

4 ■ Die dialogische Lehrer_in hört auf «nur» eine Lehrer_in zu sein. Die Bedeutung von Lehrer_innen wird jedoch nicht geschmälert, sondern dadurch gestärkt, dass sie, wie Freire es nennt, zu «Lehrer-Schülern» werden. Und Schüler_innen werden zu «Schüler-Lehrern».¹⁴ Dieses Bild verweist auf den eigentlichen Kern des Lernprozesses. In einer gemeinsamen Welt eröffnet der Dialog auch für Lehrer_innen die Möglichkeit und Notwendigkeit zu lernen – von unseren Schüler_innen. Das ist der Ausgangspunkt von Emanzipation: die prinzipielle Gleichheit zu behaupten und anzuerkennen!¹⁵

5 ■ Und schliesslich sollten Lehrer_innen sich davon verabschieden, dem Lernprozess von aussen Methoden überzustülpen, weil sie so Verstehens- und Erkenntnisprozesse – um sie geht es ja in der Schule – lenken und dominieren und dadurch lediglich die Erkenntnis produzieren, die in der Methode selbst steckt. Autonomie entsteht so nicht. Damit ist die Bedeutung von Methoden nicht geschmälert. Im Gegenteil. Vielmehr werden sie zu den Wegen, die ein selbstbestimmtes Lernen gehen und für sich im Dialog mit den anderen und der Welt entdecken muss.¹⁶ Emanzipierend ist dieses Lernen, wenn es nicht nur zu einer Stabilisierung des Status quo beiträgt, sondern tatsächlich zu einem weltverändernden Handeln. Wir wissen, dass diese Welt nichts nötiger braucht!

Autonomie, Emanzipation, Solidarität

1 Allerdings ist der Begriff «Narrativ» unklar, verschwommen, offen und er wird auf sehr unterschiedliche Weise gebraucht. Zugleich kann man davon ausgehen, dass seine Ungenauigkeit die Verwendung des Begriffes zumindest in jüngster Zeit zu konstituieren scheint. Was sich hinter ihm oftmals gerade nicht verbirgt, ist eine Erzählung, eine Geschichte im engeren Sinn des Wortes. Der Wikipediaeintrag scheint mir geeignet, eine erste Orientierung zu gewinnen.

2 Symptomatisch hierfür das G20-Treffen 2017 in Hamburg, wo Lars-Hendrik Röller, der G20-Unterhändler Angela Merks, die Notwendigkeit eines Narrativs für die G20 folgendermassen charakterisiert: «We are gone have a narrative ... we thought of adding one other angel to the story and that is the concept of resilience, uncertainty, the risk» (<https://www.youtube.com/watch?v=KzX6AOFwXlM>) Die Funktion des Narrativs ist es, die Menschen «mitzunehmen», ihnen zu sagen, was die Welt von ihnen fordert. Dieses Narrativ ist natürlich, wie viele andere auch, keine Geschichte, sondern eher so etwas wie ein Legitimationsversuch. Es ist so und das müssen wir den Menschen erzählen.

3 Das zeigt sich ganz einfach bei der Lektüre von Lehr- und Bildungsplänen, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Schweiz (so im Lehrplan 21), insofern diese Begriffe schlicht nicht mehr präsent sind. An dieser Stelle ist die Digitalisierung hilfreich. Auf der Suche nach dem, was fehlt, ermöglicht Strg+F (die Suchfunktion) eine schnelle Orientierung. Ähnlich ist es übrigens einem diese Begriffe notwendig ergänzenden Begriff ergangen: Kritik. Sie wird vor allem reduziert auf Selbstkritik bzw. die Fähigkeit, Kritik anzunehmen. Kaum eine Rede mehr von einer Kritik an der Gesellschaft und den mit dieser Gesellschaft verbundenen Zuständen der Ungerechtigkeit.

4 Regeln, Verfahrensweisen, Methoden gehören zusammen. Oftmals kaschieren sie – auch in der Schule – die Unfähigkeit, eine Situation zu verstehen, sie vielleicht als Ganzes in Frage zu müssen und doch handlungsfähig zu sein. Stattdessen eben: Regeln, Verfahrensweisen, Methoden ... Dazu weiter unten mehr.

5 Helmut Peukert, Über die Zukunft von Bildung, in: ders.: Bildung in gesellschaftlicher Transformation, hrsg. von John, Ottmar und Mette, Norbert, Paderborn 2015, 326f.

6 Hierzu genauer: Andreas Hellgermann: kompetent. flexibel. angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung, Münster 2018, vor allem S. 17-50.

7 Vgl.: AK Religionslehrer_innen im ITP: Künstliche Intelligenz oder kritische Vernunft. Wie Denken und Lernen durch die Digitalisierung grundlegend verändert werden, Münster 2020.

8 Die Banalität vieler Vorschläge ist tatsächlich irritierend. Welche Vorschläge es gibt und was sie bewirken, dazu ausführlich: AK Religionslehrer_innen im ITP: Künstliche Intelligenz oder kritische Vernunft, S. 28-41.

9 Robert Feustel: Am Anfang war die Information. Digitalisierung als Religion, Berlin 2018, S. 144.

10 Joseph Weizenbaum, Video: «Rebel at work»; Joseph Weizenbaum in einem Vortrag als Gast am «Tag der Informatik» der Universität Erlangen, 2007.

11 Vgl. Max Horkheimer: Zur Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt am Main 1985.

12 Diese fünf Punkte sind genauer ausgearbeitet in: Andreas Hellgermann: kompetent. flexibel. angepasst. Zur Kritik neoliberaler Bildung, Münster 2018, S. 112-151.

13 Paulo Freire: Pädagogik der Unterdrückten. Bildung als Praxis der Freiheit, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 71-104.

14 «Die raison d'être einer befreienden Bildungsarbeit liegt andererseits in ihrem Drang nach Versöhnung. Die Bildungsarbeit muss einsetzen bei der Lösung des Lehrer-Schüler-Widerspruchs, bei der Versöhnung der Pole des Widerspruchs, so dass beide gleichzeitig Lehrer und Schüler werden.» (Freire, Pädagogik der Unterdrückten, 58).

15 Erhellend und weiterführend hierzu: Jacques Ranciere: Der unwissende Lehrmeister. Fünf Lektionen über die intellektuelle Emanzipation, Wien 2009.

16 Freire zu Methode: «Der demokratische Erzieher kann sich bei der Ausübung seiner Lehrtätigkeit nicht der Pflicht entziehen, die kritische Fähigkeit der Schüler und Schülerinnen, ihre Neugierde und ihr Selbstbewusstsein zu fördern. Eine der Hauptaufgaben liegt darin, mit den Schülerinnen präzise Methoden zu entwickeln, wie sie sich den Objekten der Erkenntnis «annähern» sollten.» (Paulo Freire: Pädagogik der Autonomie. Notwendiges Wissen für die Bildungsarbeit, Münster, New York, München, Berlin 2008, S. 27). ■



Mit virtueller Realität lernen

Welche Möglichkeiten eröffnet die Digitalisierung für die Ausbildung? Ein Beispiel aus der Medizinisch-Technischen Radiologie. Von Angelika Pfäfflin

Digitalisierung in der Schule ist nicht neu. In meiner Schule gab es bereits vor 40 Jahren eine Computer-AG. Damals stellten vornehmlich die Jungs mit PC und Drucker Visitenkarten her. Heute erlebe ich an einer Höheren Fachschule für Medizinisch-Technische Radiologie, dass die Studierenden mit eigenen Laptops in meinen Unterricht kommen. Und alle, die schon mal im Spital in einer der Radiologischen Abteilungen waren (Diagnostische Radiologie, Nuklearmedizin oder Strahlentherapie), wissen, dass dort ohne Computer überhaupt nichts geht – keine Computertomographie, keine Magnetresonanztomographie, keine Jodtherapie der Schilddrüse und keine Strahlentherapie bei Mammakarzinompatientinnen. Allerdings liegen die Anfänge all der genannten Anwendungen in den frühen Jahren des letzten Jahrhunderts – diese Verfahren wurden bereits lange vor Erfindung des Computers erdacht. Ihr Einsatz im klinischen Alltag konnte jedoch erst mit Hilfe der Computer realisiert werden. Erst mit der Digitalisierung können binnen Sekunden ungeheure Datenmengen ver- und bearbeitet werden. Die

Anwendungen der sogenannten Künstlichen Intelligenz werden wohl zukünftig einen weiteren Schritt nach vorne bedeuten, noch stehen diese erst am Anfang.

Praxis gibt Ausbildungsinhalte vor

Studierende der Medizinisch-Technischen Radiologie werden nach ihrem Abschluss unter anderem selbstständig an den genannten Anlagen arbeiten. Ausserdem werden sie für deren Qualitätssicherung und Neubeschaffung zuständig sein – im interdisziplinären Team mit Medizinphysikerinnen und Radiologen, Nuklearmedizinerinnen sowie Strahlentherapeuten. Was genau sollten sie hinsichtlich Digitalisierung lernen und können? Dies ist abhängig vom Einsatz der computerunterstützten Systeme in der Praxis. Der fachpraktische Hintergrund, den die Lehrenden der Höheren Fachschulen in ihren Unterricht einbringen, bestimmt auch, was konkret gelernt wird. Wie sich die weiter fortschreitende Digitalisierung auf die Praxis in den jeweiligen Fachbereichen auswirkt, muss immer wieder aufs Neue

«Auch der zusätzliche Aufwand für die Einrichtung des VR-Systems, die Anbindung an Netzwerke und die Einführung der Lehrenden und Studierenden sind spannende, lohnende Aufgaben.»

Bei allem Fortschritt braucht es bei der Computertomographie nach wie vor Fachpersonen, die die PatientInnen sicher und verständnisvoll betreuen.

konkret analysiert werden. Einige wichtige Aspekte sind die Virtuelle Realität (VR), Formen der Kooperation, technische Weiterentwicklungen sowie die Entwicklungen in der Klinik wie z.B. Patientenedukation oder die Erweiterung der medizinischen Anwendungen.

Die Computertomographie (CT) ist seit mindestens 40 Jahren nicht mehr aus der klinischen Routine wegzudenken, die Magnetresonanztomographie (MR) seit etwa 30 Jahren, beide werden in der Diagnostischen Radiologie, in der Nuklearmedizin und in der Strahlentherapie angewandt, mittlerweile meist in Kombination mit anderen diagnostischen Verfahren wie der Positronenemissionstomographie (PET) oder dem Linearbeschleuniger (LINAC) für die Strahlentherapien. Die Anwendung hat sich über die Jahrzehnte wesentlich vereinfacht: Während zu Beginn für jede Untersuchung alle Einstellungen manuell eingegeben werden mussten, liegen heute individuelle Protokolle für jede Patientenbehandlung vor. Die Ablaufsteuerung ermöglicht es, dass diese zum Teil auch gar nicht mehr aktiv aufgerufen werden müssen, weil sie bereits automatisch am Bildschirm erscheinen. Man könnte daraus schliessen, dass es für die Anwendung überhaupt keine Ausbildung bräuchte. Dies ist jedoch nicht so. Oft haben die Patientinnen und Patienten erst einmal Angst vor den Maschinen. Sie sind darauf angewiesen, dass sie während der Untersuchung von Fachpersonen sicher und verständnisvoll betreut werden.

Damit aber die angehende Fachperson begreifen kann, was die Maschine tut, muss sie sie «von innen» kennen, ihre Funktionsweise situativ erklären können und bei Problemen, sei es mit der Patientin oder der Maschine, angemessen handeln können. Dass sich parallel zur Technik auch das Design der Geräte veränderte (Alle diese Maschinen sehen aus wie Röhren!), trägt dazu bei, dass man als Laie kaum erkennen kann, ob es sich bei der jeweiligen Anlage um eine CT, PET-CT, MR oder einen MR-LINAC handelt. Wie soll da ein 18-jähriger Student die Unterschiede begreifen lernen?

Vorteile von VR

Eine Ausbildung an einer Höheren Fachschule findet zu etwa der Hälfte der Zeit an der Schule (sogenannte Theorie) und zur anderen Hälfte im Ausbildungsinstitut (sogenannte Praxis) statt. Zur Vermittlung zwischen diesen wurde der Bildungsteil «Training und Transfer» als sogenannter «dritter Lernort» konzipiert, der je etwa 5% der Zeit der Schule bzw. Praxis beansprucht. Die Praxis im Gesundheitswesen ist inzwischen geprägt vom Patientendurchsatz, Fallpauschalen, Kostendruck und enormer Verdichtung der Arbeitsleistung pro – um im Beispiel zu bleiben – Radiologiefachfrau. Dies impliziert, dass für die Praxisausbildung von Studierenden leider oft genug zu wenig Zeit aufgewendet wird. Zudem sind die Anlagen so teuer, dass mit diesen nicht einfach zu Übungszwecken hantiert werden kann – zumal sie tagsüber oft vollständig ausgelastet sind.

Dabei würde gerade die VR für die Ausbildung in den Fachbereichen der medizinisch-technischen Radiologie viele Vorteile bieten:

1. Mit VR kann Dreidimensionalität erfahren werden;
2. mit VR kann ins Innere der Patientin geschaut werden, ohne dass sie überhaupt anwesend ist, geschweige denn aufgeschnitten werden müsste;
3. mit VR kann ins Innere der Maschine geschaut werden, ohne dass irgendein reales Bauteil entfernt werden müsste;
4. mit VR können ohne Gefahr für Patienten oder die Maschine Fehler simuliert werden.

Weitere, vielleicht weniger offensichtliche Vorteile: Man kann mit VR...

1. die Wirkung der Strahlentherapie den Patientinnen demonstrieren;
2. in verschiedenen Disziplinen am selben Problem arbeiten;
3. anderen Personen wie z.B. Zuweisern oder Interessierten anschaulich vorführen, was die Radiologie leistet.

Fachinformatikerinnen – Plädoyer für ein neues Berufsbild

Nachteile von VR? Keine! Denn auch der zusätzliche Aufwand für die Einrichtung des VR-Systems, die Anbindung an Netzwerke und die Einführung der Lehrenden und Studierenden sind spannende, lohnende Aufgaben! Und ja, solche Systeme gibt es bereits auf dem Markt – sie haben allerdings ihren Preis: Sie kosten in der Anschaffung in etwa so viel, wie die Ausstattung von 200 Personen mit einem gewöhnlichen Laptop. Und sie brauchen qualifiziertes Personal, also besonders weitergebildete Fachpersonen als «Bildungsinformatiker» für den laufenden Betrieb. Diese sollten in der Lage sein, die fachinhaltlichen Aspekte (hier die Radiologie: Nutzen der Anwendung, Gefahren sowie Probleme und deren Lösungsansätze) und die Informatikseite der Anwendung (Wie funktionieren das Netzwerk, die eingesetzten Algorithmen; in welcher Form sind diese abhängig vom Betriebssystem; wie herstellereinspezifisch sind sie) selbst zusammenzuführen: Sie verstehen die Fachlehrerinnen und die Bildungseinrichtung gleichermaßen – ein neues, aber notwendiges Berufsbild, nicht nur in der Radiologie! ■

Angelika Pfäfflin ist Medizinphysikerin. Sie unterrichtet an einer Höheren Fachschule für Medizinisch-Technische Radiologie Themen und Bereiche wie Strahlenphysik, Apparatkunde, Nuklearmedizin/Strahlentherapie, diagnostische Radiologie, Computertomographie, Ultraschall, Wissens- und Kompetenzmanagement.

Was braucht die «Next Generation»?

Ein Buch über die Ausbildung bei Swisscom bietet aufschlussreiche Einblicke in die Herausforderungen für unser Berufsbildungssystem. Von Michela Seggiani

Weil ich mich für die Berufsbildung in der Schweiz einsetze und das duale Bildungssystem als eine hervorragende Einrichtung sehe, ist mir das Buch «Next Generation», in dem es um neue Lernkulturen in der Berufsbildung geht, sofort aufgefallen. Dass einzig die Lernkultur bei Swisscom im Fokus steht, hat mich zwar etwas stutzig gemacht, weil dadurch die Gefahr besteht, sehr einseitig für den Arbeitgeber Werbung zu machen. Dennoch war es für mich klar, dass ich über die Recherchen der EHB zu Lernkulturen mehr wissen möchte. Und so ist es denn auch: Wenn Sie über die Ansprüche und Ideen, die heute eine Berufsausbildung erfordern, etwas wissen möchten, lohnt sich ein Blick in das Büchlein. Wenn Sie etwas über Swisscom erfahren möchten, dann ohnehin.

Studienfinanzierung durch Firmen

Der Text ist sehr einfach gehalten und hat keinen akademischen Anspruch. So wird zum Beispiel gleich eingangs auf den Wikipedia-Eintrag des Begriffes «Digitalisierung» hingewiesen und viele Aussagen unterstreichen ihre Subjektivität mit «ich finde» oder «aus meiner Sicht». Auch wird von einem kollektiven «Wir» ausgegangen (das nicht näher erläutert wird). Vorgestellt wird die Idee, dass alle Menschen Teil einer zukunftsgerichteten Berufsbildung und Berufstätigkeit sein können, wenn sie es denn wollen, und dafür auch Wissen zur Verfügung steht. Von Anfang an ist also klar: Hier handelt es sich nicht um akademische Forschung, sondern um eine Fallstudie, die für den direkten Gebrauch gedacht ist und gleichzeitig eine grosse Werbebroschüre für Swisscom ist. Dessen sollten meiner Meinung nach die Leser und Leserinnen sich immer bewusst sein und Vorgehensweise sowie Ergebnisse entsprechend kritisch betrachten. Jedoch ist es gleichzeitig auch von Vorteil, dass, da finanziell gesichert, für eine solche Studie auch effizient gearbeitet werden kann und Ergebnisse nicht erst viele Jahre später erscheinen und dann noch runtergebrochen und übersetzt werden müssen – wie das bei wissenschaftlichen Forschungen oft der Fall ist. Deshalb bin ich der Meinung, dass es durchaus ok ist, wenn Firmen sich direkt an Studien beteiligen. Gerade wenn es um

Digitalisierung und neue mögliche Formen von Berufsbildungsmöglichkeiten geht, sind schnelle Erkenntnisse und ein Austausch von Erfahrungen in etablierten und grossen Firmen wichtig, um die Auszubildenden so gut wie möglich auf ihre Zukunft vorzubereiten.

Projektorientierung

Im ersten Teil wird die Entwicklungsgeschichte der Swisscom erläutert, ihr Verständnis der Berufsbildung und es wird ein Einblick in die Praxis gegeben. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass lebenslanges Lernen und Flexibilität Bedingungen für den Erfolg sind – der Lernenden ebenso wie der Firma. Flexibilität bezüglich Arbeitszeiten, Arbeitsort, Projekten etc. Das klingt super, ist motivierend und kann die Arbeit und die damit verbundenen Prozesse sehr lustvoll gestalten. Aber diese Forderung nach Flexibilität kann natürlich für Arbeitnehmende auch gefährlich sein: wenn die Abgrenzung nicht mehr deutlich ist, die Forderungen immer besser und schneller zu sein zur Überlastung führen, wenn der ständige Wettbewerb zu Überlastung führt. Diese Faktoren müssen auch bei der nächsten Generation als diffizile Punkte erkannt und Schutzmassnahmen ergriffen werden. Bei Swisscom werden dafür LernbegleiterInnen eingesetzt.

Spannend ist zu lesen, dass die Firma auf einen Projektmarktplatz-Ansatz setzt, der viel Selbständigkeit und Eigenverantwortung fordert. Die Arbeit und die Ausbildung werden also immer stärker nach Projekten aufgeteilt und ausgerichtet.

Was wirklich zählt

So zeigt sich auch im zweiten Teil des Bandes, was wirklich zählt. Das Kapitel ist auch genau so betitelt: «Was wirklich zählt – Innenansichten zur Berufsbildung bei Swisscom». Hier kommen Lernende, Lernbegleiter, Lernbegleiterinnen und das Management mit einzelnen Statements zu Wort. Diese Einzelaussagen sind interessant zu lesen und bieten einen (kleinen) Perspektivenwechsel. Es wird klar: Swisscom möchte die Wertigkeit der Berufsausbildung bei ihnen hochhalten. Es wird mehrmals darauf hingewiesen, dass die Anforderungen hart sind, die Selbst-, und Sozialkompetenz nicht



nur gefördert werden, sondern bereits Bedingungen sind, um überhaupt erst einmal eine Lehrstelle zu erhalten. Die Ausbildung ist kein Ausflug auf einen Ponyhof (meine Wortwahl). Wer durch diese harte Schule geht, ist anschliessend ein Profi in Zeit- und Projektmanagement. Swisscom erscheint in der Berufsbildung als Talentschmiede, in der die Lernenden als Individuen zu grossen Teilen selber für ihre Entwicklung verantwortlich sind, aber auch vom Arbeitgeber gut begleitet werden. Wer versagt, hat nicht genug an seiner Flexibilität und Entwicklung gearbeitet. Dieses «Arbeiten an sich» ist ein neoliberaler Ansatz, der die Verantwortung des persönlichen und aber auch des wirtschaftlichen, betrieblichen Gelingens auf das Individuum abwälzt. Im Sinne von: Wer es nicht schafft, hat sich nicht genügend Mühe gegeben. Jungen Mädchen wird im Fernsehformat «Germany's next Topmodel», moderiert von Heidi Klum, genau das gesagt: Heute hast du dir keine Mühe gegeben, du fällst deshalb raus. «Keine Mühe gegeben» bedeutet dann: das Mädchen hat zu kurze Beine, unreine Haut oder war zu sexy oder zu wenig sexy. Die zu erreichenden Ziele können sich auch mitten während des Wettbewerbs ändern. Und jetzt meine ich nicht mehr nur die unsägliche Fernsehsendung, sondern eben die hochgelobte flexibilisierte Berufsbildung bei Swisscom oder auch andernorts. Das individualisierte «Top oder Flop» generiert die Meinung, dass (wie oben erwähnt) alle es schaffen können, sie müssen

es nur wollen. Diese Strategie vernachlässigt, dass die Grundbedingungen lange nicht für alle Menschen die gleichen sind. Von den Jugendlichen werden hohe Anforderungen verlangt, nur die Besten erhalten einen Platz und müssen sich beweisen. Zu Recht wird klar gemacht: «Die Zeiten eng gesetzter Grenzen hinsichtlich der Art und Weise, wie gearbeitet und gelernt wird, sind vorbei.»

Vorsicht ist angezeigt

Ja, es müssen neue Formen angeboten, erprobt und gelernt werden, um auch in Zukunft fit zu sein. Dies erfordert von allen Beteiligten Flexibilität, Agilität und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Aber wir müssen sehr vorsichtig sein hierbei. Und mit «wir» meine ich zum einen die Gewerkschaften, die im Auge behalten müssen, dass die Geschwindigkeit nicht zu rasant ist, damit nicht zu viele Menschen auf dem Weg in die Zukunft von eben diesem abkommen. Zum anderen meine ich mit «wir» eine gut gebildete ältere Generation als Teil der Bevölkerung, der sich zur Berufsbildung zu Wort melden und kritisch intervenieren kann. Schliesslich meine ich mit «wir» auch noch die Politik, die mitverantwortlich dafür ist, dass die Rahmenbedingungen für die Berufslehre auch weiterhin fair an die – steigende – Agilität der Berufsbilder und Transformation der Ausbildungen angepasst werden können. Anders gesagt: die Politik muss schauen, dass das Gesetz auch in Zukunft noch alle Arbeitnehmenden gut schützt, also auch die Next Generation. Im Büchlein wird auf die Gesetzgebung als einen Teil der Rahmenbedingungen hingewiesen. Im Kontext zum Beispiel, dass die Jugendlichen trotz flexibler Arbeitszeiten bisher weiterhin nicht zu lange arbeiten dürfen.

Verschiedene Perspektiven und Wissensaufbau vonnöten

Für den Wirtschaftsstandort Schweiz und für die einzelnen Arbeitgebenden ist auf jeden Fall ein Austausch zwischen Firmen hoch spannend und weiterführend. So habe ich mit Freude gelesen, dass sich Unternehmen heute vermehrt austauschen und zu diesem Zweck eine Interessengemeinschaft besteht, die «Interessengemeinschaft Unternehmen mit nationaler Berufsbildung», in der neben der Swisscom auch die Schweizerische Post, Login, Coop und Migros sind.

Durch die Lektüre von «Next Generation» habe ich einen interessanten Einblick in die Berufsausbildung von Swisscom erhalten – oder ein Bild davon, wie Swisscom ihre Berufsbildung gesehen haben möchte. Um jedoch ein klares Bild der Berufslehre und ihrer Visionen und Möglichkeiten zu erhalten, benötigt es nun noch weitere Erfahrungsberichte, Beschreibungen von

mehreren Firmen und aus verschiedenen Perspektiven. Nur so wird sichtbar, wo im Moment noch Lücken bestehen und wo Potenziale liegen. Und genau dies braucht es auch, wenn die Berufslehre zukünftig

weiterhin eine gute und sichere Ausbildung für die Jugendlichen bieten soll. ■

Michela Seggiani ist Grossrätin in Basel-Stadt und Vorstandsmitglied des VPOD Region Basel.

Was die Generation Greta denkt und fühlt

Ein Buch, das erklärt warum Hunderttausende Jugendlicher auf die Strasse gehen, welche Werte, Ziele und Vorstellungen sie für die Zukunft unserer Gesellschaft haben. Von Johannes Gruber

Klaus Hurrelmann, prominenter Jugendforscher, beschreibt zusammen mit dem Journalisten Erik Albrecht die Befindlichkeit der Unter-20-Jährigen in Deutschland anhand von Studien, Portraits und zahlreichen Gesprächen, die sie mit jungen Menschen geführt haben. Ihre Politisierung begann mit der Klimabewegung, doch die Autoren mutmassen, dass dies nur der Anfang war: «Die Generation Greta nimmt die Gestaltung der Zukunft selbst in die Hand. Die nach der Jahrtausendwende geborenen jungen Menschen wollen dabei keinen Generationenkonflikt, sondern gemeinsam mit der Generation ihrer Eltern dringend notwendige Veränderungen anstossen.» Und sagen, wo wir sie ihrer Meinung nach unterstützen sollten, um Stillstand zu verhindern.

Ökotaktiker statt Egotaktiker

Während den Millennials, den heute 20- bis 35-Jährigen, bescheinigt wird, dass sie sich zu «Egotaktikern» entwickelt hätten, um beruflich erfolgreich zu sein, bestände die Generation Greta aus «Ökotaktikern», die zur Rettung der Welt kompromisslos eine radikale politische Wende anstreben.

«Gab um die Jahrtausendwende gerade einmal jeder dritte Jugendliche an, sich für Politik zu interessieren, ist es heute mit 45 Prozent knapp jeder zweite [...] In der jungen Generation der 12- bis 25-Jährigen ist Politik wieder hipp geworden. 35 Prozent sagen, es sei «in», sich einzumischen.» Wie sehr auch bei Angehörigen einer Generation die gemeinsame Erfahrung von politischen Verhältnissen und kultureller Situation die Persönlichkeit prägen mag, so trifft dies nie auf alle gleichermassen zu: Bei einem Blick in die Runde eines Klima-Camps in Dortmund konstatiert der Autor, dass die meisten Teilnehmenden Gymnasiast*innen mit weisser Hautfarbe seien. Doch das Fazit des Buchs betont deren Weisheit statt der «Weisheit». Postmaterialistische Wertorientierungen und politisches Engagement kennzeichnen eine Generation, die nicht zufällig «Greta»

heisst: Frauen seien das starke Geschlecht der jungen Generation geworden.

Begünstigt werden diese Prozesse durch «einen Arbeitsmarkt, der schon längst auf sie wartet. Der demografische Wandel, aber auch der lange Wirtschaftsaufschwung in ihrer Jugend haben den Markt für Fachkräfte leer gefegt. Dementsprechend entspannt gehen grosse Teile der jungen Generation an die Jobsuche. Sie sehen die Digitalisierung als Chance. Gleichzeitig sind sie sich bewusst, dass diese gemeinsam mit der Globalisierung noch für viele Wandel und Brüche in ihren Erwerbsbiografien führen wird.» ■



Klaus Hurrelmann und Erik Albrecht (2020). Generation Greta. Was sie denkt, wie sie fühlt und warum das Klima erst der Anfang ist. Beltz Verlag, Weinheim Basel. 271 Seiten, Fr. 28.90

HSK während der Einstellung des Präsenzunterrichts

Ergebnisse einer Umfrage des Volksschulamtes Zürich, Sektor Interkulturelle Pädagogik. Von Monika Eicke

◀ **Die Motivation bei den Kindern und die Zusammenarbeit der Eltern sind die wichtigsten Punkte für einen erfolgreichen Online-Unterricht.»**

Arabische Trägerschaft

Der Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) ist im Kanton Zürich als ergänzendes Angebot zur Volksschule gut verankert. Aktuell bieten 34 anerkannte Trägerschaften in verschiedenen Gemeinden in 28 Sprachen HSK-Unterricht an. Damit werden Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz der Mehrsprachigkeit in Ausbildung und Beruf geschaffen – ein Potenzial, von dem sowohl das Individuum als auch die gesamte Gesellschaft profitiert.

Im Kanton Zürich findet der HSK-Unterricht vielerorts in Schulräumen der Volksschule statt, vereinzelt auch in eigenen Vereinslokalen. Die Corona-Schutzmassnahmen gelten für alle Angebote. Als die Schulen geschlossen wurden, war es beeindruckend, wie schnell und engagiert die HSK-Trägerschaften den Fernunterricht aufnahmen. Eine Umfrage des Sektors Interkulturelle Pädagogik des Volksschulamtes hat ergeben, dass 56% der HSK-Kurse direkt ab Lockdown auf Fernunterricht umstellten, 14% nach einer Woche, 12% nach 2 Wochen, 6% nach mehr als 2 Wochen. 4 Trägerschaften boten keinen Fernunterricht an, weil sie den Unterricht bis zu den Sommerferien einstellten. Neben dem Fernunterricht engagierten sich die Trägerschaften auch für eine breite Streuung der offiziellen Informationen, indem sie diese übersetzten und den Eltern ihrer Schüler*innen verschickten. Obwohl man gerne gemeinsam mit der Regelschule am 11. Mai gestartet hätte, wurde der Entscheid der Bildungsdirektion für die Wiederaufnahme am 8. Juni begrüsst.

Schülerinnen und Schüler

«Die Neuheit der virtuellen Arbeit und die virtuelle Flucht aus der Isolation steigerte das Interesse vieler Schüler*innen, sie waren viel partizipativer und produktiver als im Präsenzunterricht.»

Lateinamerikanische/Spanische Trägerschaft

Am häufigsten wurden die Schüler*innen per E-Mail mit dem Versand von Aufgaben, Arbeitsblättern und Übungen erreicht. Ebenfalls kamen WhatsApp, Zoom, Skype, Google Classroom u.a. zum Einsatz. In der ersten Phase wurden Aufgaben, Texte, Geschichten auch per Post nach Hause gesendet. Einige HSK-Lehrpersonen nutzten auch Videos, auf denen Aufgaben, Texte, Bilder u.a. aufgenommen und per Whatsapp verschickt oder via Zoom, Skype, Moodle abgespielt wurden. Die Finnische Schule feierte ihr diesjähriges Frühlingsfest mit Videos und Fotos von und für die Kinder.

Alle Trägerschaften haben zwischen den Stufen differenziert. So erhielten insbesondere die jüngeren Schüler*innen Bastelmaterial, Farben, Malpapier, Spiele und Spielanleitungen und weiteres mehr per Post. Viele kreative Ideen wurden entwickelt, selbst ein Projekt über den Welttag der Bienen wurde durchgeführt.

Eltern

«Als Trägerschaft fanden wir es wichtig, für die Lehrpersonen und für die Schüler und Schülerinnen und ihre Familien den Kontakt aufrechtzuerhalten. Das hat zum Glück geklappt und uns alle näher zusammengebracht.»

Brasilianische Trägerschaft

Diese neue Nähe zu den Eltern verdeutlichte sich in vielen Aussagen der Befragten. Das Verständnis und die Zufriedenheit, aber auch die grossen Anforderungen der Eltern wurden hervorgehoben. Mehrmals wurde betont, dass sie die von Homeoffice und Fernunterricht bereits sehr geforderten Eltern und Familien nicht noch zusätzlich belasten wollten und sich deshalb mit obligatorischen Aufgaben für die Kinder zurückhielten.

Besondere Herausforderungen

«Obwohl (...) manche denken, dass der Online-Unterricht die zukünftige Form (...) sei, haben wir alle verstanden, dass nichts die zwischenmenschliche Kommunikation und den Präsenzunterricht auf die Dauer ersetzen kann.»

Russische Trägerschaft

Wie für die Regelklassen stellte auch im HSK-Fernunterricht die teilweise fehlende technische Infrastruktur der Familien eine Schwierigkeit für die Erreichbarkeit der Schüler*innen dar. Da der HSK-Unterricht gänzlich eigenständig organisiert wird, bestand hier keine Möglichkeit für technische Unterstützung durch die Volksschule. So hoben einige Trägerschaften hervor, dass sie am Anfang des Lockdowns bei manchen Kindern wenig oder gar keine Rückmeldungen erhielten und sie deshalb mit den Eltern per Telefon Kontakt aufnahmen. Als Wunsch wurde mehr Support durch die Regelstruktur geäussert, z.B. eine Mitnutzung des Online-Tools Teams der Regelschule.

Im HSK-Unterricht kommen Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen, Gemeinden und vereinzelt aus anderen Kantonen zusammen, zudem weisen die Klassen eine gewisse Altersdurchmischung auf. Dies stellte die HSK-Lehrpersonen nicht nur vor eine besondere Herausforderung bzgl. der Methoden und Instrumente für den Fernunterricht, sondern auch hinsichtlich des jeweils gültigen Schutzkonzepts gemäss Altersstufe.

Was hat es gebracht?

«Wir denken, dass wir trotz den Umständen unseren Schülern und Schülerinnen weiterhin Wissen vermitteln konnten (...).»

Albanische Trägerschaft

Die Wirksamkeit des HSK-Fernunterrichts wird von den befragten Trägerschaften unterschiedlich eingeschätzt. 7% bewerteten diesen als sehr wirksam, 32% als wirksam, 48% als eher wirksam und 13% als wenig, bzw. nicht wirksam. Verschiedentlich wurde vermerkt, dass der Fernunterricht bei den älteren Schüler*innen der Mittel- bis Oberstufe erfolgreich gewesen sei, die jüngeren Kinder des Zyklus 1 jedoch weniger gut erreicht wurden und diese auf die Hilfe der Eltern angewiesen waren. Der positive Effekt dabei sei gewesen, dass die Eltern einen tieferen Einblick in den HSK-Unterricht erhielten.

Der digitale Erfahrungs-, Wissens- und Kompetenzzuwachs der Lehrpersonen wird als hoch eingeschätzt. Vieles konnte ausprobiert und das Bedürfnis nach guten Online-Lehrmitteln erhöht werden.

«Wir haben einen riesigen Schritt vorwärts gemacht in der schon geplanten Digitalisierung (...).»

Holländische Trägerschaft ■

Monika Eicke ist Leiterin des Sektors Interkulturelle Pädagogik des Volksschulamtes Kanton Zürich.



Aufbegehren an der ZHdK

Das Vertrauen in die Leitung der Zürcher Hochschule der Künste, der autoritäre Führungskultur vorgeworfen wird, ist tief. Der Ruf nach Veränderung wird laut.

Im Laufe der letzten zwei Jahre gelangten vermehrt Mitglieder der ZHdK (Zürcher Hochschule der Künste) an den VPOD. Die geschilderten Schwierigkeiten betreffen vorwiegend die Führungskultur: Einzelne Departemente und Abteilungen werden sehr hierarchisch und intransparent geführt, Verantwortung wird an die nächsthöhere Stelle abgeschoben, die Vergabe von Aufträgen und Aufgaben ist intransparent und erfolgt oft willkürlich. Angestellte, die sich kritisch äussern werden in ihrem Arbeitsalltag vermehrt kontrolliert und in ihrer Karriere gehindert. Die Mitarbeitenden sind besorgt und enttäuscht, weil sie in diesem Klima nicht in der Lage sind, ihre eigentliche Arbeit mit Qualität auszuführen. Die Sorge betrifft auch die generelle Entwicklung von Lehre und Forschung: Kritische Stimmen werden behindert, die eigenständige Gestaltung von Lehr- und Forschungsinhalten wird teilweise stark eingeschränkt. Die Betroffenen schildern ein Gefühl der Machtlosigkeit. Mitunter ein Grund, warum sich Angestellte an den VPOD wenden: Sie haben kein Vertrauen in die internen Kontrollmechanismen und fürchten direkte oder indirekte Sanktionen, wenn sie sich zur Wehr setzen.

Angestellte organisieren sich

Im März hat der VPOD die Hochschulleitung mit den Vorwürfen und Kritikpunkten in einem Brief konfrontiert, woraufhin ein Treffen mit dem Rektor

Thomas D. Meier und dem mittlerweile ehemaligen HR-Chef stattfand. Aus diesem Gespräch ziehen wir eine gemischte Bilanz: Das Gespräch war grundsätzlich konstruktiv. Anscheinend weiss die Leitung genau, in welchen Abteilungen Führungsprobleme bestehen und sieht diesbezüglich auch Handlungsbedarf. Bei der Frage danach, wie diese Handlungen konkret aussehen, zeigten sich die Gesprächspartner aber zurückhaltend. Grosse Erwartungen haben sie an das 360-Grad-Feedback, das sie bei allen Personen mit Führungsaufgabe empfehlen. Der Haken daran ist, dass die Beurteilung auf Freiwilligkeit beruht. Zudem konnte uns nicht dargelegt werden, mit welchen Konsequenzen eine Person rechnen muss, wenn Führungsprobleme wiederholt auftreten.

Online-Umfrage VPOD@ZHdK

Da die VPOD-Mitglieder der ZHdK mit dem breiteren Austausch unter den Angestellten nicht bis nach dem Lockdown zuwarten wollten, haben wir im Juni eine Umfrage mit Fokus auf die Führungskultur durchgeführt. Rund 140 Angestellte der ZHdK haben daran teilgenommen.

Erste Ergebnisse zeigen: Je höher die Hierarchiestufe, umso negativer die Bewertung.

Rund 70 % der Befragten finden, dass die Hochschulleitung...

... die Anliegen der Angestellten nicht ernst nimmt,

... ihre Verantwortung nicht wahrnimmt,

... die Interessen der Angestellten nicht vertritt.

Noch tiefer ist das Vertrauen in die Hochschulleitung: 75 % der Befragten haben wenig bis kein Vertrauen in die Hochschulleitung.

Die Unterschiede nach Departementen sind extrem gross. Nämlich haben rund 20 % der Teilnehmenden ein hohes Vertrauen in ihre Departementsleitung.

Rund 56 % finden jedoch, dass ihre Departementsleitung ...nicht umfassend und korrekt informiert,

...ihre Verantwortung nicht wahrnimmt,

...nicht offen ist für kritische Fragen und Anregungen.

Es geht weiter

Im September können wir endlich das Treffen der Angestellten nachholen, das im März abgesagt werden musste. Wir werden die Resultate der Umfrage nach Departementen anschauen und auf dieser Grundlage das weitere Vorgehen diskutieren. In der Zwischenzeit haben sich die Gemüter nämlich weiter erhitzt: Im Juli machte die Hochschulleitung bekannt, dass der Fachhochschulrat die Amtszeit des Rektors vom geplanten Ende 2021 auf 2023 verlängert hat. Der Beschluss wird mit laufenden, strategisch wichtigen Projekten begründet. Organisatorisch mag dies ein sinnvoller Entscheid sein, für die Angestellten, deren Vertrauen in die Hochschulleitung desaströs ist, ist dies jedoch ein weiteres Zeichen einer Machtdemonstration. ■

Text: Anna-Lea Imbach, Gewerkschaftssekretärin VPOD Zürich Lehrberufe.

«Neue Normalität?»

Was unsere Lehrpersonen aktuell bewegt – drei Berichte.

Bei all den Fragen zu Fern- oder Präsenzunterricht in Corona-Zeiten haben wir auch den Anspruch zu bilanzieren, einzuordnen und strukturiert nach vorne zu blicken. Weil das gar nicht so einfach ist, haben wir unsere Mitglieder gebeten, von ihrem Unterricht mit den neuen Schutzmassnahmen zu berichten. Aus gewerkschaftlicher Sicht hätten uns die personalrechtlichen Aspekte interessiert. Wenig überraschend waren und sind für die Lehrpersonen pädagogische Aspekte mindestens genauso zentral. Drei Stimmen finden hier Platz.



Lilian Hegglin bei ihrer Arbeit als Logopädin während der Corona-Zeit.

Ermutigende Rückmeldungen zum Verzicht auf Noten

In der letzten Ausgabe der Pflichtlektion (3/20) habe ich an dieser Stelle meine Freude über den Entscheid der Zürcher Regierung geäussert, im Corona-Sommer keine Notenzugnisse abzugeben. Diese Chance habe ich genutzt: Meine Lernberichte informieren über den aktuellen Stand der fachlichen und überfachlichen Kompetenzen. Ich durfte die Rückmeldungen an meine Schüler*innen zu den Leistungen, den Fortschritten, aber auch den Schwächen in Worte fassen und musste sie nicht auf eine Zahl reduzieren. Nicht nur hatte ich Freude am Beurteilen, es hat mich auch viel weniger Zeit gekostet als das Verfassen von Notenzugnissen. Ausgedruckt auf einem offiziellen, leicht angepassten

«Für dieses unglaublich berührende und wertschätzende Zeugnis möchte ich mich bei Ihnen bedanken.»

Lernberichtsformular des Kantons Zürich fanden die Berichte vor den Sommerferien den Weg nach Hause. Noch am gleichen Abend erreichte mich eine Nachricht per Whatsapp: «So eine differenzierte und schöne Rückmeldung, herzlichen Dank für Ihre Arbeit!» Eine weitere Rückmeldung erreichte mich kurz danach per Mail: «Für dieses unglaublich berührende und wertschätzende Zeugnis möchte ich mich bei Ihnen bedanken. Sie können sich sicher vorstellen, wie die Augen unseres Sohnes gestrahlt haben, als er es uns vorlas. Ich glaube, er ist just in diesem Moment etwas gewachsen, zu Recht!». Die leichte Unruhe, die mich seit der Abgabe der Zeugnisse umgab, konnte ich beiseiteschieben, es scheint, die Berichte stossen auf eine breite Akzeptanz, denn innert weniger Stunden erreichte mich eine weitere Nachricht: «Danke für den detaillierten, informativen und motivierenden Lernbericht!»

So positive Rückmeldungen seitens Eltern sprechen für sich: Es gibt Alternativen zu Notenzugnissen! **Katrin Meier**, (noch) Präsidentin Sektion Lehrberufe.

«Klar ist, dass die wertvollen Tür- und Angelgespräche wegfallen.»

Logopädie am Postschalter

Im Logopädiezimmer kehrt langsam Alltag ein. Ich sitze auf einer Seite der Plexiglaswand und das Kind auf der anderen. Die Durchreiche macht das Spielen und Interagieren möglich und mit einigen kleinen Eingriffen hat man im Nu einen Postschalter aus der Schutzmassnahme gebastelt. Die Hilfsmittel bieten auch einen Ausgangspunkt für neue Ideen.

Wird am Boden gespielt, kommt ein Gesichtsvisionär zum Einsatz. «Was ist das? Gehört das zur Feuerwehr?», fragen die Kinder dann. Auch wenn das Ding etwas befremdlich aussieht und nicht sonderlich bequem ist, akzeptieren es die Kinder schnell. Oft würden sie es auch gerne mal selber anziehen.

Die therapeutische Arbeit hat sich durch die neuen Hilfsmittel insgesamt nur wenig verändert. Das Zeitmanagement hingegen ist stark betroffen. In unserem durchgetakteten Arbeitsalltag muss nun nebst dem Kinder-abholen-und-zurückbringen, Vorbereiten, Wegräumen, Nachbereiten und den Therapiestunden selbst, nun auch Zeit zum Händewaschen, Fensteröffnen und Flächenreinigen gefunden werden.

Auch bei der Elternarbeit hinterlässt das Corona-Virus

seine Spuren. Da die Eltern das Schulareal nicht betreten dürfen, findet die Elternarbeit übers Telefon oder per E-Mail statt. Einige Eltern sind gut zu erreichen, andere weniger. Klar ist, dass die wertvollen Tür- und Angelgespräche wegfallen und die Schwelle für die Kontaktaufnahme der Eltern zur logopädischen Fachperson nun höher ist.

Ich gehöre im Schulhaus zu den am besten geschützten Personen. Von manchen belächelt, von manchen beneidet. Ich selber bin froh um alle Schutzmassnahmen, weiss man doch schliesslich nicht, was noch kommt oder wie es weitergeht. Ich bin lieber zu gut geschützt als zu wenig!
Lilian Hegglin, Zürcher Verband der Logopädinnen und Logopäden (zbl), Kommission Schule

«Als Lehrerin hat sich der erste Schultag eher wie ein zweiter angefühlt.»

Beginn im Kindergarten

Die Einschulung ist in der Welt vieler 4-Jährigen etwas Aussergewöhnliches. Sie werden gelächert: «Hesch scho es Chindsgitäschli?», «Freusch dich?» oder «Bisch nervös?». Von der Lehrerin gibt es Briefe und vielleicht den Auftrag, am ersten Tag etwas mitzubringen. Der Kindergarten wird inspiziert und die künftige Klasse oft schon vor den Sommerferien kennengelernt. Am ersten Tag selbst kommt es für die Kinder zum Abschied von Ihren Eltern – und umgekehrt. Danach werden sie gefragt: «Isch es guet gsi?». Am zweiten Tag ist die Aufregung meist verflogen – bei den Kindern, bei mir und den Eltern.

2020 ist vieles anders. Als Lehrerin hat sich der erste Schultag eher wie ein zweiter angefühlt. Die Eltern mussten sich draussen vor dem Gebäude von ihren Kindern verabschieden, weil die Klassenzimmer schlicht zu klein sind. Es gab keine offizielle Ansprache, keine klassenübergreifende Veranstaltung, keine Inszenierung des ersten Schultages. Es kamen schüchterne Kinder, die sich einen Platz am Schwungtuch suchten und damit zum ersten Mal Teil der Klasse waren.

Ich konnte mit einem guten Gefühl in den Tag starten, weil ich die Kinder bereits im Juli an einem Mittwochnachmittag kennenlernen konnte. Mit jeweils einem Elternteil konnten wir sie einzeln im Kindergarten begrüßen. Sie hatten meine ungeteilte Aufmerksamkeit – leider eine Rarität im Schulalltag. Eine Heilpädagogin erklärte den Ablauf des ersten Schultags und das Schutzkonzept, damit die Eltern in den Sommerferien mit ihren Kindern den Abschied besprechen konnten.

In meiner Schule stehe ich in den ersten zwei Schulwochen nicht alleine im Klassenzimmer. Dadurch habe ich Zeit und kann auf weinende Kinder, verunsicherte Eltern und verlorene Kuscheltiere pädagogisch sinnvoll eingehen. Der erste Schultag war ungewöhnlich. Für mich aussergewöhnlich interessant, weil ich das tun konnte, was ich gerne mache, die Kinder in ihren Bedürfnissen ernstnehmen, auf sie eingehen und sie kennenlernen.

Sophie Blaser; sie kandidiert bei den Vorstandswahlen Sektion Lehrberufe für das Amt als Präsidentin. ■

Good to know

Annahmeverzug des Arbeitgebers: Stundenguthaben sind äquivalent zum Lohn.

Ab dem Lockdown vom 16. März wurden an Fachhochschulen, Berufsfachschulen und Kursschulen diverse Kurse abgesagt oder digital durchgeführt. In der ersten Zeit stand das Funktionieren des Alltags für Lehrpersonen und Schüler*innen oder Kund*innen im Vordergrund. Der Einsatz der Lehrpersonen dabei war enorm gross. Arbeitsrechtliche Fragen drehten sich darum vorwiegend um gesundheitliche Aspekte: Personen, die zur Risikogruppe gehören, fühlten sich nicht ausreichend geschützt oder Eltern mit Betreuungspflichten wurden nicht entsprechend freigestellt. Lohnfragen entstanden unmittelbar lediglich bei Vikar*innen und bei im Stundenlohn angestellten Lehrpersonen.

Technisch-administrative Fragen bei Personen, die im Jahresarbeitszeitmodell arbeiten, tauchen nun allmählich im Nachgang auf. An einzelnen Berufsfachschulen erhielten Lehrpersonen beispielsweise die Mitteilung, dass nicht erteilte Lektionen auch nicht bezahlt werden. Rechtlich ist das schlicht falsch. Das Personalamt des Kantons Zürich hielt in seinem FAQ vom 24. April unter dem Punkt «geschlossener/reduzierter Betrieb» fest:

«Wenn keine oder nur noch weniger Arbeit zu erledigen ist, muss zunächst die Übernahme anderer Arbeit geprüft werden [...] Falls auch solche Arbeit fehlt, wird im Umfang der «ausfallenden» Zeit bis 19. April 2020 der volle Lohn ausgerichtet (bezahlter Urlaub). Erst ab dem 20. April ist der Abbau von Zeitguthaben vorgesehen. Die Informationen waren für die Rektorate jedoch sogar noch einfacher zugänglich. Auch das Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA) hat diese Frage in einem FAQ aufbereitet: «Die Lehrpersonen werden im Umfang der vereinbarten Lektionen entschädigt.» Dieses FAQ wurde vom MBA an die Schulen verschickt. Sprich, die Information wäre vorhanden. Um alle Zweifel auszuräumen, dass mit der Klausel nicht nur die finanzielle Entschädigung, sondern auch die Abrechnung auf dem Stundenkonto gemeint ist, haben wir beim MBA nachgefragt. Dieses bestätigt: «Ein Eintragen von Lektionen auf dem Stundenkonto ist einer Entschädigung von Lektionen gleichwertig – in einem Fall handelt es sich um eine Zeitgutschrift, im anderen Fall um Geld. Ausgefallene Lektionen bis zum 19. April werden entweder auf dem Stundenkonto eingetragen oder finanziell entschädigt.»

Falls du von der Schulleitung andere Informationen erhalten hast, melde dich bei uns! Es gibt Schulleitungen, die es tatsächlich nicht besser wissen. Aber auch solche, die damit rechnen, dass du dich nicht informierst. Gegen beides wehren wir uns gemeinsam. Und teilen dem MBA einmal mehr mit, dass «rechtlich geregelt» nicht gleich «vor Ort umgesetzt» bedeutet. ■

Text: **Anna-Lea Imbach**, Gewerkschaftssekretärin VPOD Zürich Lehrberufe.

Neues Präsidium VPOD Zürich



Yvonne Tremp und SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig

Die Delegiertenversammlung des VPOD Zürich hat am 25. August ein neues Präsidium gewählt. Nach sechs Jahren tritt Gülizar Cestan als Präsidentin zurück. Für Ihren Einsatz bedanken wir uns herzlich! Die Nachfolge ist ein Duo: SP-Kantonsrätin Michèle Dünki-Bättig, die schon die Sektion Zürich Kanton präsidiert, und Yvonne Tremp, langjähriges Mitglied im Vorstand der VPOD Sektion Lehrberufe. Wir bedauern Yvonne Tremps Abgang aus dem Vorstand Lehrberufe, freuen uns aber auf die starke Doppelspitze im VPOD Zürich.

Lohnkontrollen – aber richtig!

Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeitenden müssen bis Ende Juni 2021 eine betriebsinterne Lohnvergleichsanalyse durchführen – auch die öffentlichen Arbeitgeber. Das verlangt die Änderung des Gleichstellungsgesetzes, welche am 1. Juli 2020 in Kraft tritt. Mit den Forderungen des Frauenstreiks hat das nichts zu tun: Das Gesetz ist zahnlos, aber vielleicht lässt sich trotzdem etwas damit erreichen.

Für den VPOD bedeutet die Neuerung, in den kommenden Wochen und Mo-

naten in allen Sozialpartnergesprächen nachzufragen und Vereinbarungen zur gemeinsamen Durchführung der Analysen einzufordern, damit das Gesetz nicht toter Buchstabe bleibt. Dazu gibt es ein Merkblatt mit den wichtigsten Informationen. Bei Interesse schreibst du an info@vpod-zh.ch

Das Regieren des Worst-Case – Feministisches Leseseminar für Frauen

Wir freuen uns, euch mitteilen zu dürfen, dass im November 2020 erneut ein VPOD-Leseseminar mit Tove Soiland startet. Diesmal wird es im Volkshaus stattfinden, da dieses für Personen mit Rollstuhl zugänglich ist.

Das Seminar richtet sich explizit auch an Frauen, die bisher wenig oder keine Erfahrung im Umgang mit theoretischen Texten haben, sich aber gerne mit politischen Fragen beschäftigen wollen.

Die Angaben zum Inhalt des Seminars findest du unter <https://zuerich.vpod.ch/kalender/2020/leseseminar-2018-mit-tove-soiland-1/>

Das Seminar findet an 10 Abenden von November 2020 bis März 2021 statt. Jeweils Donnerstag von 19:00 bis 21:30 Uhr. Kurskosten: Fr. 100.– für VPOD-Frauen, Fr. 250.– für Nicht-Mitglieder.

Ein Reader mit Texten wird verteilt und kostet Fr. 35.–.

Anmeldung mit Betreff «Leseseminar» bis 30. September 2020 unter: info@vpod-zh.ch oder Tel. 044 295 30 00



Demo für die Kinderbetreuung Samstag, 26. September

Besammlung um 13.30 Uhr beim Rathaus Zürich * Demo * Schlusskundgebung auf der Kasernenwiese. Infos unter: www.trotzphase.ch

Agenda

Informationen über Veranstaltungen und Versammlungen sind aufrufbar unter: www.zuerich.vpod.ch/kalender

Parolen

27. September 2020

KANTONALE

Zusatzleistungsgesetz – Ja **JA**

EIDGENÖSSISCH

Begrenzungsinitiative der SVP **NEIN**

Vaterschaftsurlaub **JA**

Initiative über die Beschaffung neuer Kampfjets **NEIN**

Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten **NEIN**

Der VPOD hat zu weiteren Vorlagen keine Parolen beschlossen.

Pensioniert und aktiv im VPOD

7. Oktober 2020: Mitgliederversammlung zum Thema Konzernverantwortungsinitiative (mit Referat)

15. Oktober 2020: Zürich Zoo mit Führung Lewa Savanne

Weitere Informationen findest du unter: www.zuerich.vpod.ch/mitmachen/gruppen-und-betriebe-1/pensionierte-region-zuerich/

GV Lehrberufe

Montag, 28. September 2020, 18 bis 20 Uhr

Schulhaus Hirschengraben, Hirschengraben 46, 8001 Zürich, Aula, 3. Stock

Wir bitten um Anmeldung, damit wir die GV mit den entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen planen können. (Anmeldung an info@vpod-zh.ch mit Betreff GV Lehrberufe)

IMPRESSUM VPOD ZÜRICH PFLICHTLEKTION: Organ des VPOD Zürich Lehrberufe, Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich, Tel: 044/295 30 00, Fax: 044/295 30 03, www.zuerich.vpod.ch, Redaktion: Fabio Höhener, Anna-Lea Imbach
Layout und Druck: ROPRESS, 8048 Zürich, Nr. 4 / September 2020, erscheint fünf Mal jährlich, 5. Jahrgang, Auflage: 2800

Wenn der Alltag zur Herausforderung wird

Ein Abendessen nach Rezept zubereiten, einen Rabatt beim Einkauf ausrechnen oder eine Rechnung online bezahlen, ist für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit. Für Personen mit Schwierigkeiten im Bereich der Grundkompetenzen können solche Aufgaben aber zu einer regelrechten Herausforderung werden. Schweizer Dachverband Lesen und Schreiben, DVLS

Um die Öffentlichkeit auf das Thema Grundkompetenzen aufmerksam zu machen, wurde die nationale Sensibilisierungskampagne «Einfach besser!» lanciert. Die von zahlreichen Kantonen mitfinanzierte Kampagne hat die Förderung von Grundkompetenzen von Erwachsenen zum Ziel. Die diesjährige Kampagne läuft zwischen August und Oktober 2020. Sie soll Erwachsene, die aufgrund nicht ausreichender Grundkompetenzen im Alltag Schwierigkeiten haben, zu einem Kursbesuch für Lesen, Schreiben, Rechnen oder Computer motivieren.



zu verwechseln: Von Illettrismus Betroffene können einen Text zwar entziffern, verstehen aber oft den Inhalt nur schlecht. Und dies, obwohl sie die obligatorische Schule besucht haben.

Oft entwickeln Betroffene über die Jahre gut funktionierende Vermeidungsstrategien, damit ihre Schwäche nicht auffällt. Allerdings erschweren es nicht ausreichende Grundkompetenzen den Menschen, am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilzuhaben. «Der Leidensdruck der Betroffenen kann gross werden. Und leider fehlt in Schulen und Betrieben oft die Zeit – oder das Bewusstsein – um zu erkennen, dass jemand Mühe mit diesen Kompetenzen hat», so Brigitte Aschwanden.

Unter Grundkompetenzen versteht man grundlegende Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben, Rechnen und digitales Knowhow. Sie sind eine zentrale Voraussetzung für die soziale, gesellschaftliche, berufliche und politische Integration. Dennoch haben in der Schweiz rund 800'000 Erwachsene Mühe mit Lesen und Schreiben. Und dies, obwohl sie die Schule besucht haben. Etwa 400'000 Personen können eine einfache Rechenaufgabe nicht oder nur mit grossem Effort lösen. Dazu kommen immer neue Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung.

Wer Mühe mit einer oder mehreren dieser Kompetenzen hat, ist im Alltag oft gestresst oder im Beruf benachteiligt. Der Schweizer Dachverband für Lesen und Schreiben (DVLS) engagiert sich in der Schweiz für die Förderung der Grundkompetenzen und agiert als Kompetenzzentrum in diesem Bereich. «Warum manche Leute bei der Schulbildung durch die Maschen fallen und ihre Schwäche im Bereich der Grundkompetenzen bis ins Erwachsenenalter unentdeckt bleibt, kann viele Ursachen haben», meint Brigitte Aschwanden, Projektkoordinatorin des DVLS. Eine Konzentrationsschwäche, Mobbing in der Schule, ungenügende Unterstützung von Seiten der Familie oder eine allgemein schwierige Lebenssituation können den Lernprozess während der Schulzeit behindern. Diese Lernlücken bleiben

dann oft im Erwachsenenalter bestehen und können zu einer Belastung der Betroffenen werden, gerade auch, weil die entsprechenden Fähigkeiten als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Mangel an Grundkompetenzen weit verbreitet

Dabei ist z.B. eine Lese- und Schreibschwäche ein weit verbreitetes Problem, das in unserer Gesellschaft kaum wahrgenommen wird. Der Fachbegriff Illettrismus beschreibt das Phänomen, dass es auch in Ländern mit langjähriger Schulpflicht immer noch zahlreiche Menschen gibt, die nicht über jene Lese- und Schreibkompetenzen verfügen, die allgemein erwartet und gefordert werden. Illettrismus ist nicht mit Analphabetismus

Herausforderung annehmen

Daherkönnensogenannte «Vermittler*innen», eine ganz wichtige Rolle spielen. Denn eine der grössten Schwierigkeiten ist es, die betroffenen Menschen auch wirklich zu erreichen. Viele verstecken ihr Problem, statt es anzupacken und einen Kurs zu besuchen. Angehörige, Freunde, Arbeitskolleg*innen oder auch Personen in beratenden Berufen (Sozialdienste, Arbeitsintegration, Berufsberatung etc.) können sie auf das Problem ansprechen und sie z.B. auf die bestehende nationale Beratungshotline aufmerksam machen. Häufig werden Betroffene so gerade durch Drittpersonen zu einem Kursbesuch motiviert. Sich dieser Herausforderung zu stellen, bedeutet für die meisten einen ersten Schritt in eine unabhängigere Zukunft. ■

Auf www.besser-jetzt.ch finden Interessierte Kurse in ihrer Nähe.

Die Gratis-Hotline bietet persönliche Beratung und Vermittlung: 0800 47 47 47
Weitere Informationen zum Thema Grundkompetenzen finden Sie unter www.kompetence.ch

EINFACH!
BESSER LESEN. SCHREIBEN.
RECHNEN. COMPUTER.



Das Geschäft mit der Armut

Ein Film über den Einfluss der Lebensmittelindustrie.

Von Silvana Werren

In den Industriestaaten verzeichnen Lebensmittelkonzerne kaum noch Wachstum. Nun richten sie ihren Fokus auf Schwellen- und Entwicklungsländer. Dort bieten sie Fertigprodukte mit viel Salz, Fett, Zucker und Geschmacksverstärkern an. Die Folgen sind Gesellschaftskrankheiten wie Übergewicht und Diabetes. Ein weiterer Verkaufsschlager: In Mini-Packungen werden Markenprodukte zu Cent-Beträgen verkauft. Die Kleinstpackungen sind genau auf die finanziellen Möglichkeiten der armen Bevölkerung zugeschnitten.

Der Film «Das Geschäft mit der Armut» blickt in zwei völlig unterschiedliche Regionen dieser Welt: in die Grossräume von São Paulo und Nairobi. Er hinterfragt dabei das «soziale Geschäft» der Lebensmittelindustrie und analysiert die gewinnbringende Konzernpolitik.

Dokumentarfilme sind nie objektiv

In investigativer Manier deckt der Filmemacher Missstände auf und spürt Statements,

ExpertInnen und «Betroffene» auf, die die Stossrichtung des Films unterstützen. Neutral ist die Berichterstattung nicht; und sie ist auf ein breites, eher allgemein interessiertes Fernsehpublikum ausgerichtet. Trotzdem gewährt der Film wertvolle Einblicke in die Lebenssituation von Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Gerade weil der Film Widersprüchlichkeiten thematisiert und problematische Strategien der Konzerne offenlegt, bietet er Ausgangspunkt für Diskussionen in der Klasse. Auch bei uns sind Fertiggerichte im Trend, auch in der Schweiz ist Ernährung und Gesundheit ein zentrales Thema. Und auch unsere Ernährungsgewohnheiten werden von der Lebensmittelindustrie stark beeinflusst und hängen von Bildungsstand, Kaufkraft und sozialer Stellung ab.

BNE-Kompetenzen (Bildung für Nachhaltige Entwicklung)

Zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung gehören spezifische personale, soziale, fachliche und methodische Kompetenzen. In den

Impulsen zum Film werden Kompetenzen wie das vernetzte Denken, Perspektiven wechseln, interdisziplinäres und mehrperspektivisches Wissen aufbauen oder eigene und fremde Werte reflektieren gefördert. Die Impulse unterstützen die Schülerinnen und Schüler dabei, sich selbst als Teil der Welt zu erfahren, Verantwortung zu übernehmen und Handlungsspielräume zu nutzen.

Didaktische Impulse

Einstieg: Was esse ich? Wie esse ich?

Als Einstieg eignet es sich, das Essverhalten der Schülerinnen und Schüler zu hinterfragen: Wie oft essen sie frisches Gemüse? Essen sie alleine oder mit anderen? Wie häufig? In welcher Form? Wer kocht? Mit welchen Produkten? Dabei gilt zu bedenken, dass die Themen Essen, Wohlbefinden, Körpergefühl, Gesundheit wichtige, aber für Jugendliche auch höchst sensible Themen sind. Eine Mentimeter-Umfrage (www.mentimeter.com) kann hier wertvoll sein, weil die Antworten zwar sichtbar, aber anonymisiert sind.



Impuls 1: Ursachen-Wirkungsgefüge São Paulo und Nairobi

Ziele

Die Schülerinnen und Schüler identifizieren Push- und Pull-Faktoren des Lebensmittelkonsums der ProtagonistInnen in Kenia bzw. Brasilien. Sie visualisieren die verschiedenen Aspekte der Push- und Pull-Faktoren mithilfe eines Ursachen-Wirkungsgefüges und setzen sich aktiv mit der übergeordneten Frage «Wie funktioniert das Geschäft mit der Armut?» auseinander. Dauer: 2 Lektionen, plus Film, Material: Film, Post-Its, Stifte, Flipchart oder Wandtafel, Arbeitsblätter (online unter www.education21.ch).

Ablauf

Film schauen mit Beobachtungsaufgaben Während der Filmvorführung konzentriert sich die eine Hälfte der Klasse auf die ProtagonistInnen in São Paulo, die andere Hälfte auf jene in Nairobi. Die Schülerinnen und Schüler notieren, welches die Push- und Pull-Faktoren für die Konsumententscheidungen der Hauptfiguren sind. Die Notizen dienen den SchülerInnen im darauffolgenden Arbeitsschritt als Grundlage für ihr Ursachen-Wirkungsdiagramm.

Kleingruppen: Ursachen-Wirkungsdiagramm aus Notizen erstellen

Die SchülerInnen gestalten mithilfe von Post-Its und ihren Notizen ein Ursachen-Wirkungsgefüge für die Situation in São Paulo, bzw. für die Situation in Nairobi, indem sie Zusammenhänge, Abhängigkeiten und Machtverhältnisse mit Pfeilen, Symbolen oder Zeichnungen verdeutlichen. Dabei gilt es den Fokus auf die übergeordnete Frage «Wie funktioniert das Geschäft mit der Armut?» nicht aus den Augen zu verlieren.

Plenum: Synthese

Abschliessend vergleichen die Schülerinnen und Schüler anhand ihrer Darstellung Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Verhältnisse in den beiden Regionen und diskutieren im Plenum die Leitfrage.

Transfer: Was hat das mit mir zu tun?

Mit einem Gedankenexperiment kann anschliessend der Transfer in die Lebenswelt der Jugendlichen gemacht werden: Angenommen, ihnen stehen für einen Tag CHF 10.– für Verpflegung zur Verfügung. Was kaufen sie? Nach welchen Kriterien entscheiden sie? Gilt das auch, wenn sie über mehrere Wochen 10.– pro Tag zur Verfügung haben?

Impuls 2: Gruppendiskussionen zum Einfluss der Akteure

Ziele

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit dem Einfluss der Lebensmittelindustrie, der Werbung, der Landwirtschaft, der Bildung und des Individuums auseinander und identifizieren und reflektieren Bezüge zu ihrer eigenen Lebenswelt. Dauer: 2 bis 3 Lektionen, plus Film, Material: Film, Pultinseln, Flipcharts, Stifte, Arbeitsblatt (online unter www.education21.ch).

Ablauf

Film schauen mit Beobachtungsauftrag Die SchülerInnen machen sich während des Films Notizen zu folgender Beobachtungsaufgabe: «Wer hat welchen Einfluss?». Der Film und die Notizen dienen später als Diskussionsgrundlage.

Gruppendiskussionen: «Wer hat welchen Einfluss rund um die Ernährung?»

In Gruppen wird diskutiert, welchen Einfluss die Akteure aus den Bereichen Lebensmittelindustrie, Werbung, Landwirtschaft und Bildung sowie das Individuum auf das Konsumverhalten haben. Zu jedem Bereich stehen verschiedene Fragen zur Verfügung: Mit welcher Problemstellung sind die im Film porträtierten Bauern in Kenia konfrontiert? Mit welchen Tricks arbeitet die Werbung? Oder welche Handlungsmöglichkeiten sieht ihr für die von Armut betroffenen Personen, die sie zurzeit noch nicht nutzen? Die Gruppendiskussion kann nach der Methode des «World Café» organisiert werden.

Plenum: Präsentation der Ergebnisse

Nach den Diskussionsrunden gibt es eine Kurzpräsentation der Diskussionsergebnisse aus den verschiedenen Themenfeldern. Danach folgt die Abschlussdiskussion im **Plenum zu folgenden Fragen:**

- Wer hat welchen Einfluss beim Geschäft mit der Armut?
- Wo seht ihr Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den beiden Ländern?
- Wo seht ihr Parallelen zu eurem Alltag? Zu unserem Leben hier in der Schweiz?
- Was war neu für euch? Was hat euch berührt?
- Was nehmt ihr aus dem Film für euch mit?

Transfer: Was hat das mit mir zu tun?

Die SchülerInnen konzentrieren sich während einer Woche auf ein Thema des Films und führen ein Protokoll. Mögliche Themen sind z.B. Fertiggerichte, Kleinpackungen oder Lebensmittelwerbung. Nach einer Woche können die Ergebnisse in der Klasse ausgewertet werden. ■

Das Geschäft mit der Armut

Dokumentarfilm von Joachim Walther, 28 Minuten (Kurzfassung)

Produktion: Süddeutsche TV GmbH im Auftrag des ZDF, Deutschland 2016

Schulstufe: Sek II (Gymnasium, Berufsbildung)

Sprachen: Deutsch, Französisch (teilweise unterteilt) ab 16 Jahren

Der Film ist auf der DVD-Kompilation «Ein Menü für die Zukunft» und auf dem VOD-Portal von [éducation21](http://education21.ch) zur Miete (Streaming) verfügbar.

Die vollständigen Unterrichtsimpulse mit ausführlichen Hintergrundinformationen und Kopiervorlagen finden Sie unter [éducation21.ch](http://education21.ch)

Klimawandel verstehen

Wenn sich der CO₂-Ausstoss umgekehrt proportional zum Erscheinen von Büchern zum Thema verhalten würde, wären wir auf gutem Weg, der Krise zu begegnen! Hier werden drei Kinderbücher für verschiedene Altersgruppen vorgestellt, die sich für eine angemessene Vermittlung der komplexen Thematik eignen.

Von Susi Oser

Zu Beginn ein kleiner Test: Warum steigt eigentlich der Meeresspiegel? Noch etwas genauer bitte! Sollten Sie das jetzt in Verbindung mit der Eisschmelze am Nordpol gebracht haben, empfiehlt sich das Experiment mit dem Wasserglas und dem Eiswürfel!

Es ist alles SEHR kompliziert. Wer nur einen Deut von all den Zusammenhängen verstehen will, muss sich in die Materie hineinknien. Tapfere, wissbegierige Kinder, die das selbständig tun! Ohne Einblicke in Geschichte, Geologie, Geographie, Biologie oder Chemie kommt ein Klimabuch, das Hintergründe vermitteln will, kaum aus, weshalb es nicht nur formatmässig umfangreich wird. Bis es um den vom Menschen verursachten Klimawandel geht, sind in diesem Fall 48 der 180 Seiten zu lesen: zur Erdgeschichte; zu Kohlestoff, Sauerstoff, Wasser und Methan; zu Doggerland, Pangea und zur Landbrücke am Beringsee; zu Jahreszeiten, Meeresfurchen und Sonnenflecken. Dann entdeckte Svante Arrhenius den Treibhauseffekt, Charles Keeling den CO₂-Anstieg und Michael E. Mann entwarf die Hockeyschläger-Grafik zu den steigenden Temperaturen.

Zecken, Pfeifhasen und Eisbären

Man lernt, wie heute der CO₂-Gehalt der Luft vor 800'000 Jahren gemessen wird, wie die Dampfmaschine funktioniert, wie Steinkohle entstand, wie stark die Erdbevölkerung wächst, weshalb das Meer saurer wird. Und danach geht es um die Folgen des Klimawandels. «Ich habe gute und ich habe schlechte Nachrichten. Die schlechte Nachricht ist, dass es in Sachen Klimawandel kaum gute Nachrichten gibt.» Was eindrücklich vorgeführt wird: sinkende Inseln, vom Hochwasser bedrohte Städte, zunehmende

Dürren, Zecken, Mücken, Pollen, Unwetter, Hitzewellen. Anhand einzelner Pflanzen und Tiere, die verschwunden oder bedroht sind, wird Abstraktes konkret. «Geht wohl bald flöten: der Ili-Pfeifhase» lautet ein entsprechender Titel. Es wird auf unterbrochene Nahrungsketten aufmerksam gemacht. Dass Eisbären Moos, Gras und Algen im Kot vorweisen, ist kein gutes Zeichen für diese Fleischfresser.

Handeln – aber wie?

Was ist zu tun? Eine Exkursion nach Holland – «wenn ihr keine schwierigen Fragen stellt, dürft ihr kurz mitkommen» – zeigt technische Ansätze: Schwimmende Häuser, das grösste bewegliche Sturmflutsperrwerk der Erde. Wer seine Adresse auf einer entsprechenden Website eingibt, kann nachschauen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit einer Überschwemmung bei technischem Versagen des Bauwerks ist und wie hoch das Wasser steigen könnte. «Wäre es da nicht schlauer, lieber die Ursachen des Klimawandels anzugehen?»

Dicht gepackt auf zwei Seiten wird aufgezählt, was man selber tun könnte. Tablet statt PC, saisonales und regionales Gemüse, keine Kekse mit Palmöl, weniger Fleisch, Wasser aus dem Hahn. Und weiter gehts: Woher kommt der Strom fürs Elektroauto? Wie sinnvoll ist die CO₂-Kompensation fürs Fliegen? «Für 10 Euro lasst ihr einen Baum pflanzen, der euren Hin- und Rückflug von Frankfurt nach Paris ausgleicht. Aber natürlich ist es noch besser, ihr pflanzt einen Baum und fliegt nicht nach Paris. Oder ihr pflanzt zehn Bäume.»

Nachhaltige Energiequellen

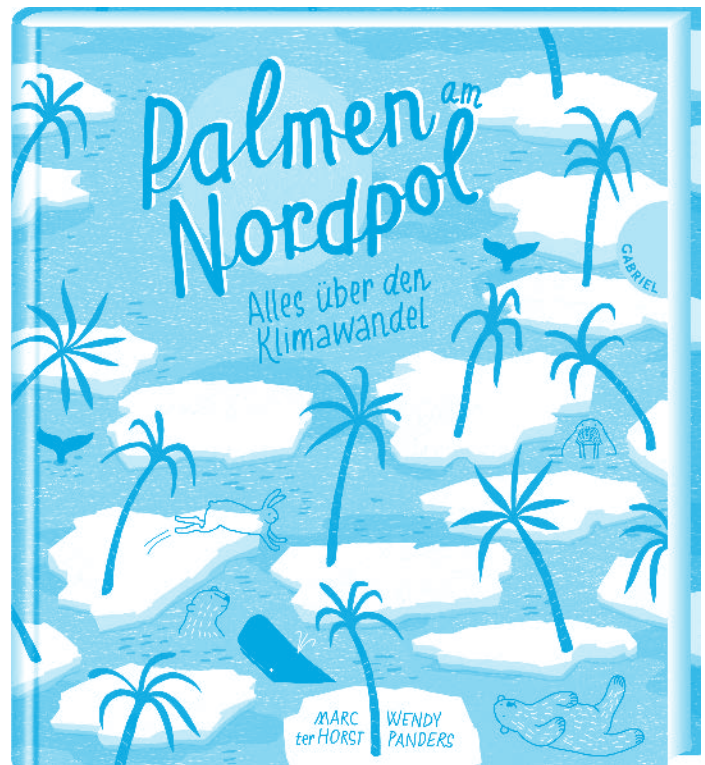
Die Kandidaten stellen sich gleich selber vor: Sonne, Wind, Wasser... Klar wird dabei:

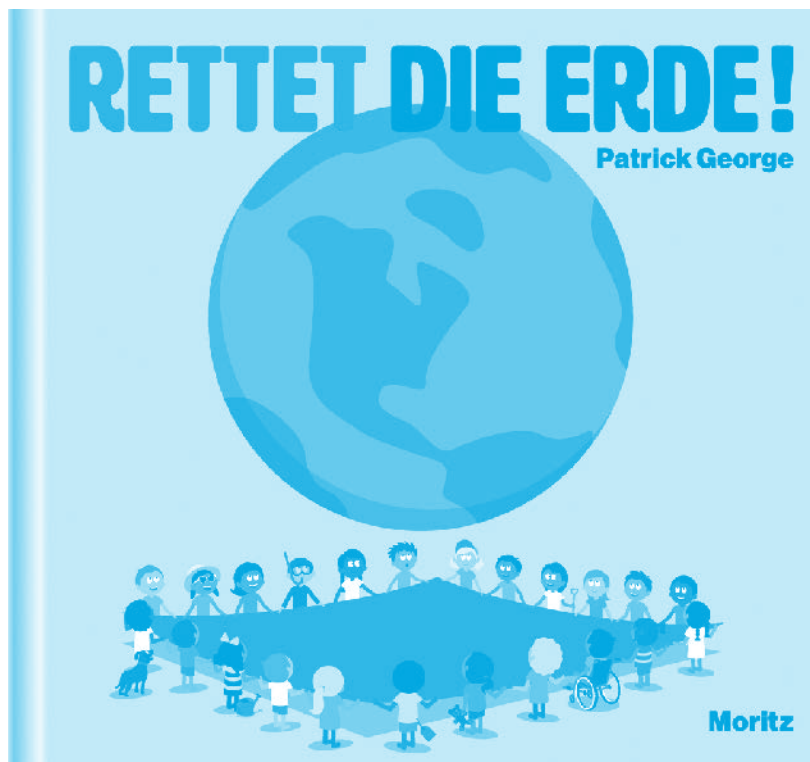
Man sollte die gewonnene Energie speichern können. Nur fehlt bisher eine passende Batterie. Und: «Irgendwas ist immer.» Die Gezeitenenergie ist schädlich für Meerestiere. Biomasse, die aus Raps und Palmöl gewonnen wird, trägt zur Freisetzung von CO₂ und zum Hunger bei. Die Kernenergie hat ein hohes Risiko und ein Lagerproblem. «Es ist ein bisschen so wie bei den Schlümpfen: Der eine ist schlau, der andere stark, der nächste geschickt, und zusammen können sie es mit Gargamel aufnehmen.»

Das Schlusskapitel geht auf das Hin und Her im Umgang mit dem Klimawandel ein. Das politische Gerangel beim Pariser Klimaabkommen: Schlimmer, als wenn Kinder sich streiten! «China hat recht!» – «Ja, aber du stösst auch viel zuviel aus, Russland!» – «Ja, aber du solltest nicht so viele Bäume fällen, Brasilien!» Widerstände finden sich auch anderswo, bei Klimaleugnern, bei sich selbst. «Das Flugzeug fliegt sowieso.» – «Andere Leute duschen noch viel ausgiebiger.» Doch alles in allem: Wir sind auf gutem Weg. «Seid ihr mit dabei?»

Dem Autor, der nach seinem Literaturstudium Lehrmaterialien entwickelte und sich heute Sachkinderbüchern widmet, gelang es, das komplexe Thema auf verständliche Weise aufzubereiten. Die anschaulichen, mit Witz durchsetzten Illustrationen der Grafikdesignerin Wendy Panders tragen viel zum Verständnis bei.

1 Marc ter Horst, Wendy Panders: **Palmen am Nordpol. Alles über den Klimawandel.** Gabriel Verlag, Stuttgart 2020. 184 Seiten, Fr. 27.50. Ab 10 Jahren (eher ab 12!)





Bedeutung des Wandels

Auf das zweite Buch bin ich aufgrund einer Recherche zur Sachbuchautorin Kristina Scharmacher gestossen. Diese hat mich in anderem Zusammenhang mit ihrer gleichzeitig attraktiven wie informativen Herangehensweise begeistert. Ihr Werk zur Klimathematik überzeugt auf dieselbe Art: Es sei «mithin das informativste Buch zum Klimawandel für diese Altersgruppe», schrieb die Jury des Deutsch-Französischen Jugendliteraturpreises 2020. Tatsächlich ist es 1:1 für den Unterricht nutzbar. Mit den gut 90 Seiten schreckt der Umfang Kinder nicht ab. Die bunten Illustrationen nehmen mehr Raum ein als der Text, es gibt keine dichtgedrängten Textpassagen.

Auch hier werden zuerst Grundlagen vermittelt: Klima und Wetter, natürliche Klimaänderungen in der Erdgeschichte, Treibhauseffekt. Dann geht es um die Energiegewinnung und die Industrialisierung, sinnvoll gerafft und verständlich. «Für fast die Hälfte des Ausstosses von Treibhausgasen ist die Industrie verantwortlich. Viele verschiedene Fabriken und Kraftwerke setzen grosse Mengen davon frei.» Worauf Beispiele folgen: «Im Stahlwerk wird Eisen zu Stahl, aus dem zum Beispiel Maschinen, Autos und Werkzeuge entstehen. Dafür muss es auf hohe Temperaturen erhitzt werden und das kostet viel Energie.» Einfache Sätze, die entsprechenden Bilder zeigen eine Vielzahl rauchender Kamine. Die folgende Doppelseite ist der Textilindustrie gewidmet: «Bis eine Jeans in unserem Kleiderschrank landet, hat sie oft eine Weltreise hinter sich.» Die wird auf grafisch eindrückliche Weise gezeigt: Auf der rechten Seite sind die einzelnen Arbeitsschritte illustriert, auf dem links abgebildeten Globus werden sie lokalisiert.

Eindrücklich sind Folgen des Klimawandels aufgezeigt: nicht nur Dürren, Überschwemmungen, das Auftauen der Permafrostböden oder extreme Wetterereignisse. Es wird auch verdeutlicht, dass arme Länder am meisten unter der Klimaerwärmung zu leiden haben. Nach Informationen über das Klimaabkommen und den Emissionshandel wird die Zielgruppe angesprochen. «Kinder und Jugendliche sind mit der Arbeit der Politiker nicht immer zufrieden.» Das eigene Handeln rückt in den Fokus. «Fast alles, was man tut, wirkt sich ein bisschen auf das Klima aus.» Auch hier wird auf die globalen Verhältnisse verwiesen: «Würden alle so leben wie die Menschen in Mitteleuropa, bräuchte man mehrere Planeten.» Natürlich folgen verschiedene Vorschläge, was zu tun wäre – auf individueller wie auf politischer und gesellschaftlicher Ebene. Ein ausgezeichnetes Buch für den Unterricht, für die Bibliothek, fürs Kinderzimmer!

2 Kristina Scharmacher-Schreiber, Stephanie Marian: **Wie viel wärmer ist 1 Grad? Was beim Klimawandel passiert.** Beltz & Gelberg, Weinheim 2019. 96 Seiten, Fr. 22.– Ab 7 Jahren.

Was kann ich tun?

Das dritte Buch ist für die Kleinen gedacht: Auch sie sollen dem Wandel nicht hilflos zuschauen. Hier geht es weder um Hintergründe noch um Zusammenhänge und Folgen, sondern um die simple Frage, was ein Kind zur Rettung der Erde beitragen könnte. Der Engländer Patrick George, Illustrator sowie Entwickler und Herausgeber von Kinderbüchern, stellte sich die Aufgabe inhaltlich wie grafisch: Mit welchen einfachen Botschaften bekommen Kinder das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun? Statt komplizierter

Sätze finden sich kurze Handlungshinweise: Haltet die Umwelt sauber. Recycelt Plastik. Spart Wasser, badet gemeinsam. Jede Doppelseite enthält zwei stilisiert gezeichnete Bilder, dazwischen eine Folie mit einfachem, gegenständlichem Aufdruck. Liegt sie auf der einen Seite, zeigt das Bild den Sollzustand, auf die andere Seite geklappt zeigt es das Unerwünschte oder eine positive Auswirkung des entsprechenden Handelns. Genial! Beispiel: Auf der Folie ein Auto. Liegt sie auf dem rechten Bild, fahren im Auto ein Vater und ein Mädchen über Land. Nach links geklappt bleibt das Auto in der Garage, die beiden sind auf dem Fahrrad zu sehen. Darunter der Slogan: «Lasst das Auto stehen.» Kindern wird hier ein Vermittlungsauftrag erteilt – wobei ihnen das Buch wohl ohnehin nur von bewusst handelnden Bezugspersonen geschenkt werden dürfte. Eine andere Folie: ein Mädchen in Schwarz, darüber eine halbe gelbe Sonne. Liegt die Folie rechts auf, leuchtet eine Stehlampe. Nach links geklappt scheint die Sonne ins Zimmer: «Verschwendet keinen Strom.» Witzig ist eine andere Idee: Gebt Dingen neuen Sinn. Auf der Folie ist nur ein schwarzer, dicker Kreis zu sehen. Nach rechts geklappt zeigt das Bild eine Frau, die einen Nagel aus dem Autoreifen zieht. Links schaukelt dann ein Kind im umgenutzten Objekt. Weitere Themen: die Umwelt sauber halten, weniger Fleisch essen, Bäume pflanzen...

Das Blättern ist lustvoll, die Botschaften sitzen. Georges früheres, ähnlich gestaltetes Werk «Lass mich frei» wurde übrigens für den Deutschen Jugendliteraturpreis nominiert. Es könnte diesem Buch ebenso gehen.

3 Patrick George: **Rettet die Erde! 11 Ideen, das Klima zu verbessern.** Moritz Verlag, Frankfurt a.M. 2020. 52 Seiten, Fr. 20.– Ab 3 Jahren. ■

Politische Projektionsfläche «Volk»

Das Wort «Volk» ist ein schillernder Begriff. Martin Schaffner, emeritierter Professor für Geschichte an der Uni Basel, hat dessen unterschiedliche Bedeutungen in mehreren Aufsätzen herausgearbeitet, die nun im Band «Furcht vor dem Volk» vorliegen.
Von Martin Stohler

Zwei Anliegen verfolgt Martin Schaffner. Zum einen will er uns die Geschichte der Demokratie und ihrer Institutionen vergegenwärtigen, zum andern dazu anregen, historische Dokumente so zu lesen, dass wir fragen, in welchem Zusammenhang sie entstanden sind und wer eigentlich aus ihnen zu uns spricht. Anschauungsmaterial fand er in der Schweiz des 19. Jahrhunderts mit ihren Volksbewegungen, aber auch im revolutionären und republikanischen Frankreich oder in Irland, als es noch Teil des United Kingdom war. Dabei zeigt sich: Je nach historischem und politischem Zusammenhang kann der Begriff «Volk» – oder im französischen Sprachraum «peuple» – positiv oder negativ aufgeladen sein. So kann die rhetorische Beschwörung des «Volkes» als Projektionsfläche für eigene politische Absichten und Ambitionen genutzt werden oder die Furcht des Sprechenden vor den zügellosen und umstürzlerischen Volksmassen zum Ausdruck bringen.

Das «Volk» und die Bürger

Einen bedenkenswerten Zugang zur Frage von «Volk» und Herrschaft wählte in der Zeit der Französischen Revolution der Marquis de Condorcet (1743–1794). Dieser, schreibt Schaffner, stellte «dem Kollektiv des Volkes, dessen innere Zusammensetzung nicht thematisiert wird, die Pluralität der Bürger gegenüber». Für Condorcet kann nicht «ein mythisches oder metaphysisches Bild des Volkes und seines Willens die demokratische Ausgestaltung der Machtverhältnisse legitimieren». Letzteres kann nur «ein Verhältnis, das durch die Interaktionen zwischen den Bürgern und den von ihnen gewählten politischen Repräsentanten geprägt ist».

Das pure Gegenteil dazu ist die Staatsform, die Louis Napoléon nach seinem Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 installierte. Louis Napoléon liess seine Machtergreifung umgehend durch eine Volksabstimmung legitimieren. Des Weiteren hatte das «Volk» – mangels entsprechender demokratischer Institutionen – nichts zu sagen.

Zum demokratischen Willensbildungsprozess gehören gesellschaftliche Debatten.

In Frankreich wurden diese zeitweise durch Stellungnahmen von Intellektuellen mitgeprägt. In einer kleinen Studie beleuchtet Schaffner deren Auftreten als Reaktion auf den skandalösen Dreyfus-Prozess im Jahr 1898.

Volksrechte – errungen gegen den Widerstand der Eliten

In einem längeren Beitrag hinterfragt Schaffner die Meinung, «aus der liberalen Repräsentationsdemokratie, die sich 1831 in vielen Kantonen durchgesetzt» habe, sei «mit fortschreitender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklung folgerichtig der moderne Staat mit seinen ausgebauten Partizipationsrechten, und zwar unter Führung



liberaler und radikaler Eliten» entstanden. Schaffner zeigt vielmehr, dass die direkt-demokratischen Volksrechte gegen den Widerstand dieser Eliten von Volksbewegungen durchgesetzt wurden. Ein weiterer Beitrag vermittelt einen knappen Überblick über Forschungsansätze bezüglich der Schweizer Demokratiegeschichte. ■

Demokratie in Bewegung

Die Geschichte der Schweizer Demokratie ist eine Geschichte sozialer Bewegungen und sozialen Ausschlusses.

Von Martin Stohler

Die schweizerische Demokratie, wie wir sie heute kennen, ist nicht über Nacht entstanden. Sie ist das Resultat zahlreicher Lernprozesse auf unterschiedlichen Ebenen. Diese nahmen im 19. Jahrhundert ihren Anfang mit den Verfassungskämpfen in den Kantonen im Zusammenspiel mit dem Ringen um den Bundestaat und dessen Ausgestaltung. Dabei blieben die Kantone neben der Bundesebene auch nach 1848 wichtige Experimentierfelder. Wie ein Blick in die Schweizer Geschichte zeigt, hält auch das 20. Jahrhundert wichtige Lektionen für DemokratInnen bereit. Wer diese nicht kennt, ist schlecht gerüstet, um die aktuellen Angriffe auf die direkte Demokratie abzuwehren.

Bei seinem Gang durch die letzten zwei, drei Jahrhunderte der Schweizer Geschichte folgt Josef Lang längerfristigen Entwicklungen und verweilt an Hot Spots, an denen Veränderungen unserer Demokratie Form

annehmen. Worin das zentrale Anliegen des Buches ist, lässt sich dabei nicht immer sagen. Das mag damit zusammenhängen, dass Josef Lang darauf verzichtet, die Elemente und Institutionen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen, die in ihrem dynamischen Zusammenspiel gegenwärtig die direkte Demokratie ausmachen. Damit fehlt den LeserInnen ein wichtiger Orientierungspunkt im anspruchsvollen und bisweilen unübersichtlichen Gelände.

Auf jeden Fall vermitteln will Josef Lang zwei Einsichten. Zum einen gibt es jeweils dann demokratische Fortschritte, wenn Bewegungen am Werk sind. Und zum andern kann die Geschichte der Schweizer Demokratie nicht ohne die Geschichte des Ausschlusses von «Fremden» (Ausländer, Frauen, Juden) geschrieben werden. Hier liegt auch eine der Stärken des Buchs, zumal Josef Lang ein guter Kenner des politischen

Josef Lang

Josef Lang: Demokratie in der Schweiz – Geschichte und Gegenwart.
Verlag Hier und Jetzt, Baden
2020. 335 Seiten, 39 Franken.

für die Volkswahl des Bundesrates und gegen die Menschenrechte gezeigt hat.

Breites Spektrum

Mehr als für demokratische Detailfragen und Konzepte interessiert sich Josef Lang für Bewegungen. In ihnen sieht er den entscheidenden Faktor, der die Demokratie jeweils weiterbringt. Sein Bewegungs-Begriff deckt allerdings ein breites Spektrum ab. Es umfasst frühe politische Vereine, Parteien, Gewerkschaften, die Landes- und Frauenstreikerinnen, die Richtlinienbewegung, die 68er, die Frauen-, Friedens-, Umwelt- und Klimabewegung und manches andere mehr. Diese Bewegungen haben die schweizerische Demokratie allerdings in unterschiedlichem Ausmass geprägt und weiterentwickelt. Das Oltener Aktionskomitee, das den Landestreik von 1918 geführt hat, ist mit einem

klaren Forderungskatalog angetreten. Auch wenn es ihn unmittelbar nicht durchsetzen konnte, hat er mittelfristig seine Wirkung entfaltet. Andere Bewegungen liessen vor allem den Beton in den Köpfen bröckeln und ebneten so den Weg für einen Wandel.

Josef Langs Buch ist in erster Linie eine politische Geschichte der Schweiz und ihrer Akteure. Hier erfährt man viel, gerade über Epochen, die man in der Regel nicht so gut kennt. Daher lohnt es sich auf jeden Fall, das Buch zu lesen. Gerne hätte ich aber mehr über die Lernprozesse erfahren, welche die Akteure oder die Bewegungen in ihrem Kampf für die Demokratie durchgemacht haben. Dies nicht nur aus historischem Interesse, sondern weil ich meine, dass solchen Kenntnissen gerade heute grosse Bedeutung zukommt. ■

Katholizismus in der Schweiz ist und damit einen Blickwinkel einnehmen kann, der ihm eine differenzierte Betrachtung ermöglicht.

Konzepte und Akteure

Zum Weltbild der Konservativen gehört die Vorstellung, dass der Staat ein Organismus quasi-religiösen Ursprungs sei, in dem die Zugehörigkeit zum «Volkskörper» gegeben ist, nicht willkürlich erfolgen kann und die Stellung des Einzelnen gleichsam feststeht. Demgegenüber war für die Liberalen der Staat eine Vereinigung mündiger Individuen, die sich zu einem politischen Gemeinwesen verbunden haben. Die Konservativen sahen in dieser Konzeption ein «mechanisches», künstliches Gebilde. Im Ringen um die Demokratie rieben sich die konservative und liberale Staatsauffassung aneinander, ohne dass sich die liberale vollkomme durchsetzen konnte. So tauchen wiederholt Rückgriffe auf «organische» Staatskonzepte auf, wie Josef Lang etwa am Beispiel der Verfassungsentwürfe der 1930er-Jahre oder der Geistigen Landesverteidigung im Kalten Krieg deutlich macht. Die Anfälligkeit dafür mag auch damit zu tun haben, dass der Kampf um die direkte Demokratie oft unter dem Banner der Volksrechte geführt wurde und weniger auf dem Boden der BürgerInnen- und Menschenrechte. Auch dies übrigens ein unbewusstes «Erbe» des «organischen» Volksverständnisses. Dieser Umstand hilft meiner Ansicht nach denn auch der SVP bei ihrem jahrzehntelangen Bestreben, die Deutungshoheit über den Demokratie-Begriff zu erringen und die direkte Demokratie – zumindest in den Köpfen der Menschen – auf eine plebiszitäre Konzeption zurückzustützen. Dies gelingt der Blocher-Partei allerdings nur bedingt, wie das deutliche Scheitern ihrer Initiativen

Fragen beantworten oder Fragen stellen?

Klassen mit altersdurchmischem Lernen ermöglichen das Erleben verschiedener Rollen. Von Katrin Meier

Vor wenigen Wochen sind wir in ein neues Schuljahr gestartet. In den altersdurchmischten Klassen bedeutet dies, dass in das ansonsten eher starre Gefüge einer Klasse Bewegung kommt. Zur bestehenden Lerngruppe wechseln einige neue Schülerinnen und Schüler in die Klasse, so dass die Kinder in neue Rollen schlüpfen oder eine andere soziale Stellung einnehmen können.

Zuständig für Wissen und Regeln

Diesen Sommer eroberten zehn neue Viertklässler*innen unser Schulzimmer. Schon vor den Ferien haben wir Gotti- und Göttigruppen gebildet, so dass für jedes Viertklasskind ein oder zwei ältere Kinder bereitstehen, um die jüngsten unter die Fittiche zu nehmen. Neben mir befinden sich somit siebzehn weitere Lehrer*innen im Schulzimmer. Die Gottis und Göttis sind aber nicht nur Wissensträger für das Lernen und Erklären von fachlichen Inhalten, sie geben auch Regeln für das Zusammenleben weiter, zeigen Arbeitsrituale und Traditionen auf, motivieren zum Mitmachen, sind Vorbilder und helfen nicht zuletzt beim sich Zurechtfinden im neuen Schulzimmer. Im

konkreten Umgang miteinander werden Toleranz, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme gelebt, gelernt und geübt. Zwar verschwinden die fixen Gotti- und Göttigruppen mit der Zeit, aber die sozialen Fähigkeiten entwickeln sich weiter, oft von ganz allein, manchmal mit meiner Unterstützung. Jedes Jahr staune ich, wie selbstverständlich die Schülerinnen und Schüler an ihren neuen Aufgaben wachsen und Verantwortung übernehmen und wie sie das unterschiedliche Wissen und Können positiv nutzen und nicht als Konkurrenz oder Bedrohung wahrnehmen. Wie aber erleben die Schülerinnen und Schüler den alljährlichen Rollenwechsel, den ich selber so sehr schätze?

Schüler*innenstimmen

Für einmal sollen die Schülerinnen und Schüler zu Wort kommen. Deshalb führte ich in der zweiten Schulwoche mit allen Kindern in kleinen, nach Klassen getrennten Gruppen Gespräche. Da die Kinder aus einer altersdurchmischten Unterstufe zu mir wechseln, haben sie alle möglichen Rollen schon erlebt und ihre Erfahrungen gesammelt. Die Kinder der 4. Klasse, die erneut die jüngsten sind, und die Kinder der 6. Klasse meinen,

dass sich die Vor- und Nachteile, die man als jüngste, aber auch als älteste hat, die Waage halten. Für die 4. Klasse ist das schönste, dass man jederzeit jemanden fragen kann, der einem hilft und alles erklärt. Neben Aussagen, dass Fragen stellen einfacher sei als diese zu beantworten oder dass früher die Verantwortung nicht so gross gewesen sei, zeigt sich bei der 6. Klasse trotzdem eine klarere Tendenz, dass die Vorteile überwiegen. Die 5. Klasse hat sich rasch eine Meinung gebildet: zu den mittleren zu gehören, sei am besten! Die Wahl zu haben, zu helfen oder sich Hilfe zu holen, scheint optimal zu sein.

«Ich finde es recht cool, ich kann den anderen Fragen stellen und sie helfen mir bei allem. Ich will aber auch mal etwas alleine machen. Deswegen ist es nicht so toll, bei den ganz Kleinen zu sein.» (4. Klasse)

«Ich würde sagen, beides ist gut, weil wenn man gross ist, kann man mehr helfen und weiss viel mehr und ich glaube, bis in der 5. checke ich alles. Ich finde es jetzt cool, dass ich nicht alles vormachen muss, weil ich mal nicht bei den Ältesten bin!» (4. Klasse)

«Es ist lustig und cool. Lustig ist, man muss nicht viel machen, das meiste machen die Gottis und Göttis, weil sie die grösseren sind. Und das Doofe ist, man kann fast niemandem Sachen erklären, weil man es nicht weiss.» (4. Klasse)

«Ich finde es gut, man kann sich an die Grösseren wenden, oder an Sie und wenn man zu den Grössten gehört, ist es dann schwierig und man hat niemanden mehr, den man rasch fragen kann «Wie geht das schon wieder?»» (5. Klasse)

«Ich fand es in der 2. Klasse am besten und jetzt wieder in der 5. Klasse. In der 4. war's schon auch cool, aber man weiss die Sachen nicht genau und traut sich noch nicht so viel zu sagen, jetzt traue ich mich mehr und wenn man dann ganz gross ist, muss man so oft helfen und erklären und muss Verantwortung übernehmen und ich weiss nicht, ob ich das schaffe.» (5. Klasse)

«Ich finde es gut, bei den Mittleren zu sein, du kannst Fragen beantworten und Fragen stellen, du musst aber nicht so viele Fragen stellen, weil du schon fast alles weisst, wenn du aber trotzdem noch Hilfe brauchst, sind noch die Grossen da.» (5. Klasse)

«Ich finde es eine schwierige Entscheidung. Es kommt zwar darauf an, bei was ich helfen muss, aber ich kann eigentlich immer helfen, das ist cool.» (6. Klasse)

«Ich dachte, als ich aus den Ferien heimkam, es ist doof, jetzt muss ich so viel erklären und helfen, aber es macht mega Spass. Es ist cool, alles zu zeigen, auch wenn ich manchmal das Gefühl habe, dass ich etwas vergessen habe zu erklären.» (6. Klasse)

«Es ist einfacher in der 6. Klasse, dann weiss ich schon alles. In der 4. Klasse wusste ich nicht mal, wo was ist. Und ich kenne Sie



besser! Ich muss nicht immer alles fragen, jetzt kann ich einfach alles beantworten und das ist einfacher als zu fragen.» (6. Klasse)

Den Kindern zuhören als Unterrichtsprinzip

An dieser Stelle möchte ich Susanne Thurn zitieren. Mit ihren Thesen zum selektionsfreien und altersdurchmischten Lernen spricht sie mir aus dem Herzen:

«Wer einmal Kindern zugehört hat, wie sie einander etwas erklären, oft in Botschaften, die unserem Denken verschlossen sind und dennoch oder gerade deswegen einander erreichen, will darauf im Unterricht nicht mehr verzichten. Wer erlebt hat, wie sich in den Köpfen jener, die etwas erklären, selbst etwas klärt, will darauf nicht mehr verzichten.»

Zum Schluss soll nochmals ein Zitat eines Schülers stehen. Da ich – mit Ausnahme dieser Gespräche – höchst selten nach Klassen trenne, fragte ich, ob sie den Wunsch danach hätten. Die Antwort war eindeutig: Nein, Abwechslung sei das allerwichtigste, so lerne man schnell alle kennen und traue sich, bei allen und allem mitzureden.

«Nur mit Sechstklässlern ist schon cool, aber vor allem, weil die anderen aus der 6.

Klasse nachher vielleicht weg sind. Aber eigentlich sehe ich ja auch die Viert- und Fünftklässler nachher nicht mehr, also muss – nein, will – ich auch mit denen etwas machen. Also einfach mit allen!» (6. Klasse)

Katrin Meier ist Präsidentin der VPOD-Verbandskommission Bildung, Erziehung, Wissenschaft und der Sektion Zürich Lehrberufe. Sie arbeitet als Primarschullehrerin in Zürich.

Der Verein VSOS setzt sich ein für eine Schule für alle – ohne Selektion. Er unterstützt alle Bemühungen, inklusive Entwicklungen in der Schweizer Bildungslandschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention voranzubringen.

vsos.ch

Wie viel ist uns Musikunterricht wirklich wert?

Der VPOD und der Schweizerische Musikpädagogische Verband SMPV engagieren sich gemeinsam für die Unterstützung der Musiklehrpersonen während der Corona-Krise.

Die Corona-Krise war und ist insbesondere für Kulturschaffende wie Künstler*innen und Musiker*innen eine grosse Herausforderung. Durch das Entfallen öffentlicher Veranstaltungen und Auftritte können diese über Monate hinweg kaum Einkommen generieren und sind so in ihrer Existenz bedroht. Der Bundesrat hat bereits am 20. März in seiner «Covid-Verordnung-Kultur» Massnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus im Kultursektor beschlossen. Wie das Bundesamt für Kultur in seiner Verfügung vom 13. Mai 2020 explizit feststellte, sind jedoch Musiklehrer*innen wie der gesamte Bildungsbereich von den Ausfallentschädigungen für Kulturschaffende ausgeschlossen.

Viele Musiklehrpersonen befinden sich jedoch in einer schwierigen Situation. Nach Auslaufen der – ohnehin nicht ausreichenden – Entschädigungen über die Erwerbsersatzordnung (EO) am 16. Mai, stehen viele im Regen. Denn die Krise dauert für selbständig erwerbende Musiklehrer*innen weiter an, da viele Schüler*innen beim Unterricht erst einmal pausieren. Der Schweizerische Musikpädagogische Verband hat deshalb gemeinsam mit dem VPOD im Mai und Juni dieses Jahres die Initiative ergriffen und im Kanton Graubünden die Regierung auf die Notlage der Musiklehrpersonen hingewiesen. Auch das Bundesamt für Kultur wurde angeschrieben, um entsprechende Massnahmen einzufordern.

Lobby für Grischuner Musiklehrpersonen

In ihrem Schreiben an das Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement verwies Annette Dannecker, die Präsidentin SMPV OstSüdost-Schweiz, auf die während der Krise gesunkenen Schüler*innenzahlen. Gerade für Schüler*innen, die der Risikogruppe ü65 angehören ist auch der Fernunterricht oftmals keine Option. Für die Lehrpersonen bedeutet die Krise einen zeitlich andauernden Einkommensausfall, für den es geeignete Abfederungsmassnahmen braucht. Besorgt zeigt sich Annette Dannecker auch, was die angestellten Musiklehrpersonen betrifft: Falls in der ökonomischen Krise die schlechter gestellten Familien dazu gezwungen sein sollten, bei der musikalischen Bildung ihrer Kinder zu sparen, brauchte es auch hier kompensatorische finanzielle Mittel. Thomas Hensel, VPOD-Regionalsekretär, verwies in seinem Begleitschreiben, dass auch der VPOD Grischun Lehrpersonen im Bereich Gestaltung, Musik,

Rhythmik vertritt und sich deshalb dem Anliegen des SMPV anschliesst. Die Einnahmenseinbußen haben auch bei Musik- und Rhythmiklehrpersonen teilweise existentielle Auswirkungen: «Hier gilt es nun achtsam zu sein und entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten zu prüfen und zu schaffen.»

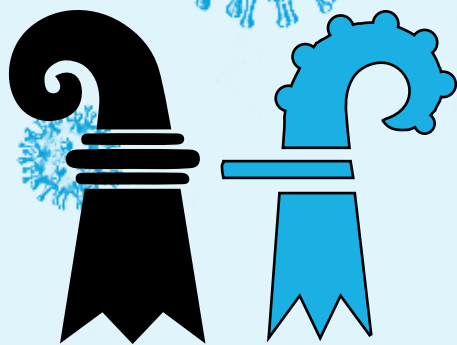
In ihrer Antwort erläuterte die Bündner Regierung, wer rechtlich Ansprüche auf Ausfallentschädigung geltend machen könne. Dass die Corona-Pandemie zur Abnahme der Zahl von Musikschülerinnen führen könnte, wurde eingeräumt, doch darauf verwiesen, dass dies private Entscheide der Familien wären respektive für das Führen von Sing- und Musikschulen die Gemeinden zuständig seien. Auch was die Abfederung von Einkommenseinbußen für Musiklehrpersonen betrifft, war die Antwort ernüchternd: Hierfür werde im Kanton Graubünden kein neues Instrument eingeführt.

Langer Rede kurzer Sinn

Für die Gruppe «Enseignant-e-s des écoles de musique» in der Westschweiz wandte sich VPOD-Zentralsekretär Philippe Martin an das Bundesamt für Kultur. Er verwies darauf, dass die Musikschulen wegen der Pandemie keine Werbeveranstaltungen durchführen konnten und in finanzielle Schwierigkeiten geratene Familien dazu gezwungen sein könnten, auf Musikunterricht für ihre Kinder zu verzichten. Um in dieser schwierigen Situation den Zugang zu musikalischer Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen fordert der VPOD, dass der Bund zusätzliche finanzielle Mittel zur Unterstützung der Musikschulen spricht, etwa mithilfe einer Ausweitung der «Covid-Verordnung-Kultur» auf Musiklehrpersonen. Dies würde auch Kantonen und Gemeinden ermutigen, sich finanziell zu beteiligen. Ausserdem erläuterte Zentralsekretär Martin Vorschläge, welche Handlungsmöglichkeiten beständen: die Unterstützung von Familien mit Zuschüssen für das Schulgeld und die Entschädigung von Musikschulen für Gebührenerkürzungen. Was die Lehrpersonen betrifft, sind Pensen- und Lohnkürzungen sowie Entlassungen unbedingt zu vermeiden.

Auch die Antwort aus dem Bundesamt für Kultur war jedoch ernüchternd. In zahlreichen freundlichen und scheinbar wohlwollenden Worten bedankte sich die Direktorin des BAK für das Schreiben, hielt jedoch klar fest, dass aktuell und auch zukünftig eine spezifische Unterstützung für Musikschulen nicht vorgesehen sei. Für uns ein klarer Hinweis, dass starkes gewerkschaftliches Engagement nötig sein wird, um die Lage der Musiklehrpersonen zu verbessern. ■

Text: Johannes Gruber



Gleich, aber eben doch nicht gleich

Wie in Basel-Land und Basel-Stadt der Start ins neue Schuljahr verlief.

Basel-Land kommunizierte am 4. August 2020. Die Medienmitteilung trug den Titel «Start in die neue Normalität» und verkündete die Rückkehr zum Präsenzunterricht auf allen Schulstufen. In Basel-Land wird der Unterricht in der Primar- und Sekundarschule weitergeführt wie vor den Sommerferien. Hingegen wurden für den Präsenzunterricht an den Mittel- und Berufsfachschulen weitere Schutzmassnahmen ausgearbeitet. Will heissen, ein Mindestabstand von 1,5 Meter ist nach wie vor zwingend. Weil dieser an den meisten Schulen aber nicht eingehalten werden kann, wurden weitere Schutzmassnahmen vorgenommen. So wurden Mobiliaranpassungen vorgenommen, etwa Einzeltische bestellt und Trennwände installiert. Dort, wo auch das nicht möglich war, müssen Schutzmasken getragen werden. Im Gegenzug werden bis zu den Herbstferien alle Schülerinnen, Schüler, Lernende und Lehrpersonen der nachobligatorischen Schulen kostenfrei mit Schutzmasken für den Unterricht ausgestattet.

Basel-Stadt kommunizierte am 5. August 2020, also einen Tag später, unter dem Titel «Umfassende Schutzmassnahmen, aber keine allgemeine Maskenpflicht». Auch in der Stadt gilt für die Volksschule ein Unterricht unter den gleichen Bedingungen wie vor den Sommerferien. Zu Anpassungen kam es dagegen bei den Mittel- und Berufsfachschulen. Um den Unterricht

in Ganzklassen unter Einhaltung der Abstandsregeln zu ermöglichen, wurden während der Sommerferien umfassende Umstellungen in den Unterrichtsräumen vorgenommen. Dazu gehörte auch die Anschaffung von zusätzlichen Einzelpulten, damit eine allgemeine Maskenpflicht während des Unterrichts vermieden werden kann. Das oberste Ziel der umfassenden Schutzmassnahmen soll die Aufrechterhaltung des Ganzklassenunterrichts sein.

Unter dem Strich also war das Vorgehen der Halbkantone gleich, aber in der Kommunikation setzten sie einen ganz anderen Fokus.

Wie geht es weiter?

Und nun, zwei Wochen später, müssen an den nachobligatorischen Schulen in Basel-Stadt überall auf dem Schulareal Masken getragen werden. Sobald man sich aber im Klassenzimmer befindet und der Sicherheitsabstand gewährleistet ist, können die Masken abgelegt werden. Zum Start stehen den Schülerinnen und Schüler genügend Masken zur Verfügung. Wir sind nun gespannt, wie es nun im Landkanton diesbezüglich weitergeht.

Von aussen betrachtet, stellt sich schon die Frage, warum keine einheitliche Regelung in der Region Nordwestschweiz möglich war. Das Virus jedenfalls ist überall gleich, dieses kennt keine Kantons Grenzen. ■

Text: Kerstin Wenk

Lehre versus Matur

«Lediglich um die 17 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger treten direkt in eine Lehre über.»

Gedanken zum Lehrstellenbericht 2019.

Gemäss dem kantonalen Berufsbildungsgesetz berichtet der Regierungsrat Basel-Stadt dem Grossen Rat jährlich über die Lehrstellensituation im Kanton. Die Bildungs- und Kulturkommission befasst sich daraufhin im Detail mit diesem. Die Aussagen der Kommission zum aktuellen Bericht lassen aufhorchen, der Präsident sagte in seinem Votum im Grossen Rat: «Die BKK tat sich in diesem Jahr mit dem Lehrstellenbericht schwerer als auch schon. Das hat weniger mit dem nach wie vor stabilen Lehrstellenmarkt zu tun, als mit dem bildungspolitischen Umfeld und dem Stellenwert der Berufsbildung generell.»

Der Lehrstellenmarkt in Basel-Stadt ist zwar stabil, diese Stabilität befindet sich aber auf ziemlich tiefem Niveau. Es treten nämlich lediglich um die 17 Prozent der Schulabgängerinnen und Schulabgänger direkt in eine Lehre über. Ein Grund für die eher wenigen Direktübertritte in eine Lehre liegt darin, dass vielen Schülerinnen und Schüler nach dem Abschluss der Volksschule in eine weiterführende Schule gehen, wie zum Beispiel das Gymnasium. So sind die notwendig guten Schülerinnen und Schüler für die anspruchsvollen Lehrstellen dann auch schlicht nicht vorhanden.

Auch der Anteil der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden ist im schweizweiten Vergleich in Basel mit 9 Prozent ausserordentlich tief. Einer der Gründe für die tiefe Berufsmaturitätsquote liegt darin, dass in der berufsbegleitenden Variante Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden aufgrund der vielen Absenzen für die Betriebe nicht attraktiv sind.

Machtlos gegen den Trend

Weder Massnahmen wie die Änderungen des Schulsystems noch die restriktiven Übertrittsalgorithmen führten bis jetzt dazu, dass sich mehr Schülerinnen und Schüler für eine Lehre entschieden haben. Gemäss der Bildungs- und Kulturkommission ist ein Grund, dass die Matura am Gymnasium in einer urbanen Gesellschaft als der Königsweg betrachtet und eine Lehre mit Berufsmatur als minderwertig angesehen wird. Ganz bestimmt fehlen auch konkrete Vorbilder. Frauen und Männer nämlich, die es ohne Studium zu etwas gebracht haben. Aber auch da beisst sich die Katze in den Schwanz, wenn wir z.B. aus Gründen der Chancengleichheit sehr viel Energie dafür einsetzen, dass fast alle die Möglichkeit haben, eine Matur zu machen. Das ist sicher nicht falsch und vielleicht auch wichtig, eine Berufslehre wird aber damit jedenfalls nicht aufgewertet. Dies ist eine beklagenswerte Situation, geniesst doch unser duales Bildungssystem international viel Ansehen und Bewunderung. ■

Text: Kerstin Wenk

Bildschirmzeit und Chancengleichheit

Ergebnisse einer Umfrage der GE im vpod zu Fernunterricht und digitalen Unterricht.

Mit dem Fernunterricht konnte und musste ein grosser Teil von den Lehrpersonen neue Erfahrungen machen und auch bezüglich der Digitalisierung ganz neue Erkenntnisse sammeln. Die GE im vpod hat versucht, diese Erfahrungen mit einer kurzen Umfrage zusammenzutragen. Ziel ist, die Erfahrungen und Erkenntnisse in den weiteren Ausbau der Digitalisierung an den Schulen in Basel-Stadt einfließen zu lassen und ein Argumentarium für die Diskussion mit dem Erziehungsdepartement zusammenzustellen.

Eine erste Sichtung der sehr detaillierten Antworten zeigt, dass das Elternhaus respektive die Bedingungen, welche die Kinder zu Hause haben, eine sehr grosse Rolle spielen. Eigentlich ähnlich wie bei der Situation der Mitarbeitenden im Homeoffice: Wichtig sind die räumlichen Gegebenheiten sowie die notwendige Infrastruktur. Dass diese in der Umfrage immer wieder angesprochen werden, zeigt ganz deutlich, dass sie eine wichtige Bedeutung hinsichtlich «Chancengleichheit» haben.

Ein weiterer Punkt ist zum einen, wie selbständig die Kinder arbeiten können, zum andern aber auch, wieviel Unterstützung sie von den Eltern haben – und in welcher Form diese sprachlich und zeitlich überhaupt möglich ist. Ein Problem, das angesprochen wurde, ist die mit dem Fernunterricht verbundene Zunahme an Bildschirmzeit der Kinder. Es stellt sich die Frage, wieviel Zeit vor dem Bildschirm für Kinder überhaupt erträglich und sinnvoll ist. Und welche Auswirkungen das Sitzen vor dem Bildschirm auf das Verhalten der Kinder in der Schule hat. Diese Fragen sind sehr wichtig, auch im Hinblick darauf, dass der reguläre Unterricht in der Schule zunehmend digital erfolgt.

Die Frage sei also erlaubt, ob es denn wirklich richtig ist, dass nun auch die Schule auf Digitalisierung setzt. Für das Weiterkommen und die Verbesserung der Chancengleichheit mag dies auf den ersten Blick sinnvoll sein. Doch für die Schule sollte immer das Wohl der Kinder im Zentrum stehen. Und für dieses wäre ein wenig Zurückhaltung vielleicht angebracht. ■

Text: Kerstin Wenk

Lust an Veränderung

Ich treffe Kerstin Wenk im Café LaDiva im Iselin-Quartier. Wir sprechen über Politik, Gewerkschaft und Bildung.

Von Johannes Gruber

Ihre Kindheit und Jugend verbrachte Kerstin Wenk in Pfeffingen / Basel-Land. Während die Mutter Hausfrau war, arbeitete der Vater als IT-Spezialist bei Roche und war als Gemeindepräsident für die FDP politisch sehr engagiert. Erst später, als sie begann als selbständige Wirtin ihre politischen Anliegen zu vertreten, sollte sie merken, dass ihr das Interesse an Politik bereits in die Wiege gelegt worden war. Da in der Schule vor allem ihre technische Begabung deutlich wurde, entschloss sie sich zu einer Lehre als Bauzeichnerin und zog mit 17,5 Jahren in die Stadt Basel. Dass es sich eher um einen Männerberuf handelte, störte sie erst einmal nicht. Rückblickend erkennt sie aber, dass sie von Männern als Exotin angesehen wurde und sie nicht selten angemacht wurde. Damals empfand sie dies als normal, weil sie mit entsprechenden Rollenbildern aufgewachsen war und es nicht anders kannte.

Jugend- und Kulturarbeit

Nachdem sie die Lehre abgeschlossen hatte, arbeitete Kerstin noch ein Jahr im Beruf. Dass sie jedoch als Bauzeichnerin letztlich eine «zeichnende Sekretärin und mehr nicht» war, wie sie merkte, war ihr irgendwann zu wenig und sie entschloss sich für eine Ausbildung zur soziokulturellen Animatorin in Luzern. Ein damals neuer Studiengang, der eine Ergänzung zu Pädagogik und Sozialer Arbeit war. Dass an der damaligen Höheren Fachschule Leute aus der ganzen Schweiz zusammenkamen, empfand sie als extrem spannend. In dem berufsbegleitenden Studium herrschte eine sehr freie Atmosphäre, der Umgangston war ein anderer als in Lehre und Baubetrieb, die Studierenden wohnten während der Block- und Projektwochen zusammen in einem Haus und kochten miteinander. Während und nach der Ausbildung organisierte sie Robi-Spiel-Aktionen und betrieb im Sommercasino Jugend- und Kulturarbeit.

Selbständigkeit und leitende Stellen

1998 schliesslich wagte Kerstin den Schritt in die Selbständigkeit und gründete zusammen mit drei Kolleg*innen in Kleinbasel die Bars «Valentino's» und «Alpenblick». Als junge Frau um die 30 musste sie damals all ihr Vermögen zusammenkratzen und ihre Pensionskasse auflösen, um einigermassen über Startkapital zu verfügen. Da ich damals um die Ecke wohnte, ist mir die angenehme Atmosphäre des Valentino's noch in Erinnerung, ein nichtkommerzieller Ort der Alternativkultur. Doch die Gastronomie ist vor allem ein hartes Business, so Kerstin, der grösste Teil sei putzen. Rückblickend findet sie, sie sei vielleicht zu wenig Geschäftsfrau gewesen. Andererseits kam es zu einer denkwürdigen Episode als in der Küche die Unia die Einhaltung des GAV Gastronomie kontrollierte: Wie eine Furie warf die Unternehmerin Kerstin Wenk die Gewerkschafter aus ihrem Betrieb. Nach einer Dekade war sie jedoch ausgebrannt, sie übergab ihre Bars und arbeitete wieder als Angestellte: ein Jahr als stellvertretende Leiterin der Jugendherberge Basel, dann in gleicher Position beim Restaurant Spalenburg. Weil sie sich nach wie vor beruflich weiterentwickeln wollte, entschloss sie sich für eine berufsbegleitende Ausbildung zur Führung



VPOD-Sekretärin und SP-Grossrätin Kerstin Wenk

von Non-Profit-Organisationen, gleichzeitig verdiente sie ihr Geld beim Obdachlosentreffpunkt Basel. Nach erfolgreichem Abschluss baute sie im Aargau die Fachstelle für Freiwilligenarbeit auf, eine Benevol-Stelle, die sie 3 Jahre leitete.

Einstieg in Politik und Gewerkschaft

Doch ihr immer grösser werdendes politisches Engagement bewegte sie dazu, auch ihren beruflichen Schwerpunkt wieder nach Basel zu verlegen. Noch als Baizerin hatte sie aus dem Gefühl heraus, dass «viele in die falsche Richtung läuft», «sie es gerne anders hätte», angefangen, sich zu organisieren. Sie gründete mit anderen eine Interessensvereinigung; als sie auch so nur ein kleines Stück weiterkam, beschloss sie selbst in der Politik tätig zu werden, um die ihr wichtigen Themenfelder zu bearbeiten. So trat sie 2003 in die SP ein, als man sie anfragte. Besonders wichtig war und ist ihr, dass die SP eine soziale Partei ist, dieser Aspekt wäre ihrer Meinung aber mit einem linkeren Profil noch auszubauen. 2011 rutschte Kerstin in den Grossen Rat nach und 2013 trat sie ihre Stelle beim VPOD an.

Dieses Jahr bewarb Kerstin sich parteiintern für eine Kandidatur zur Regierungsrätin. Dass sie dabei scheiterte, war ein harter Schlag für sie, nachdem sie sich dazu durchgerungen und bereits sehr viel dafür investiert hatte. Dass es ihr nicht gelang, einen der drei Listenplätze zu ergattern, führt sie auch darauf zurück, dass sie nicht studiert hat, eine Frau und eine linke Gewerkschafterin ist. In jedem Falle wünscht sie sich von der zukünftigen Regierung mehr Visionen und einen sozialeren Kurs. In der Wohnungspolitik gehe jetzt nach langem Druck tatsächlich etwas vorwärts. Man sollte auch sonst den Mut haben, mehr auszuprobieren als nur das Nötigste zu machen. Gewerkschaftliche Anliegen sind ihr die Einführung der 40-Stunden-Woche, eine bessere Vereinbarkeit Familie und Beruf, bis ins Kader hinein echte Teilzeitstellen für Männer im Service Public. Insbesondere kritisiert sie die Praxis der Regierung, dem Parlament bereits fertige Kompromisse vorzulegen, solche «fertigen Hinterzimmerdeals» hebelten die Demokratie aus.

Durch ihre Berufslaufbahn mit Selbständigkeit und leitenden Stellen kennt Kerstin auch die Gegenseite gut, was ihr nun hilft, sich mit dieser als Gewerkschafterin auseinanderzusetzen: «Es gibt so viele schwierige Vorgesetzte.» Ein grosser Teil der Menschen, die zu ihr in die Beratung kommen, hätten das Problem, dass die Arbeitgeber nicht verstehen, was für ein Problem sie haben: «Oft basieren die Probleme vor allem auf einer mangelhaften Kommunikation, man versteht sich nicht.» Ein Grundproblem sei allerdings auch das schlechte Arbeitsgesetz, das wir in der Schweiz haben: «Wir arbeiten im Vergleich mit anderen Ländern zu viele Stunden und haben zu wenig Ferien.» Immerhin seien die Jobs

zumindest im Service public relativ sicher und die Löhne oft auf einem guten Niveau, gerade im Bildungsbereich gehe es oft eher darum, Verschlechterungen zu verhindern als Verbesserungen zu fordern.

Engagement für Lehrpersonen

In den sieben Jahren, in denen Kerstin mittlerweile Lehrpersonen betreut, hat sie einen guten Einblick in die arbeitsweltlichen Realitäten unseres Bildungssystem erhalten. Das System habe sich verändert, sei anspruchsvoller und umfassender geworden. Früher sei eine Lehrperson allein vor der Klasse gestanden und unterrichtete nach Lehrplan, heute sei ein ganzes Team für eine Klasse zuständig, die Lehrpersonen unterrichten im Fachteamverbund. Mit der vorgeschriebenen Präsenzzeit können sie nicht mehr wie sie wollen von zu Hause aus arbeiten. Bei jedem Wechsel der Schulstandorte treffen sie auf andere Arbeitsbedingungen und andere Lernsysteme. Mit der Teilautonomie von Schulen in Basel sei jede Schule nun ein eigenes KMU mit eigenen Regeln. Trotzdem gebe es weiterhin auch starre kantonale Vorgaben wie etwa bei der Integration. Auch wenn das Tätigkeitsprofil von Lehrpersonen breiter und spannender geworden sei, werde nun immer mehr verlangt, auf das eigene Denken zu verzichten und nur mehr noch auszuführen. Auch insgesamt sei eine Lehrperson im gesellschaftlichen Setting nicht mehr einfach die Autoritätsperson, die sie mal war.

Kritik an den Bildungsreformen

Kritisch ist Kerstin gegenüber den Ergebnissen der laufenden Schulreformen. Ziele wie Inklusion und individuelle Förderung wären zwar toll, aber die Umsetzung bleibe auf halber Strecke stecken, sodass die Ziele nicht erreicht werden: «Inklusion ist in unserer Leistungsgesellschaft eine schöne Utopie, die man sich in den Kasten stellen und sagen kann, das wäre eine schöne Welt.» Oft seien es nicht einmal fehlende Ressourcen, an denen die Zielerreichung scheitere: Im Klassenzimmer seien neben der Lehrperson oft auch noch eine Heilpädagogin, eine Logopädin, eine Fachperson für Psychomotorik und ein Zivildienstleistender. Trotzdem schneiden die Basler Schulen bei interkantonalen Vergleichen regelmässig schlecht ab, was die Frage nach der Wirksamkeit der eingesetzten Ressourcen aufwirft. Kerstin findet, die Integrationspraxis sollte daraufhin überprüft werden, ob der gemeinsame Unterricht von Schwächeren und Stärkeren wirklich immer dem Lernen förderlich ist. Sie erzählt, dass sie selbst als Kind Legasthenikerin und froh war, dass sie ausserhalb der Schule diskret und individuell gefördert wurde. Bei all der Integration fehle es nun an geschützten Räumen für die Kinder mit Handicaps und Lernschwächen. Weil die aktuelle Praxis dazu führt, dass nicht nur die Lernergebnisse unzureichend sind, sondern auch die Lehrpersonen überlastet werden, engagiert sich der VPOD Basel auch im Zusammenhang mit Integration immer wieder für bessere Arbeitsbedingungen.

Lehrer*innenausbildung und Berufslehre

Ein Problem für unser Bildungssystem sei es auch, dass die Ausbildung der Lehrpersonen in die falsche Richtung gehe. Mit den inzwischen verlangten Studienabschlüssen gehe eine Verwissenschaftlichung der Ausbildung einher. Inzwischen werde sogar darüber diskutiert, dass für eine Primarlehrperson der Master vorgeschrieben werden soll. Doch Lehrpersonen müs-

sen vor allem die Fähigkeit haben, gut mit Kindern umgehen zu können, schliesslich arbeiten diese nicht als Wissenschaftler*innen. Die Ausbildung sollte die Lehrpersonen vor allem auch auf ihren Berufsalltag vorbereiten. Ein zu langes Studium kostet und würde die Familienplanung erschweren; das würde viele abschrecken, obwohl sie für den Beruf geeignet wären.

Ein Herzensanliegen ist für Kerstin auch die Berufslehre. Wenn eine Matur mit Studium der einzige Bildungsweg in unserer Gesellschaft ist, der noch zählt, geht ihrer Ansicht nach ganz viel verloren: «Mit einer Lehre hast du einen ganz anderen Rucksack, sie ist eine wunderbare Ausbildung und eine gute Grundlage für das Leben. Es braucht beide Bildungswege.» Viele Kinder würden jedoch auf das Ziel getrimmt, dass sie unbedingt studieren. Dies hänge auch damit zusammen, dass gerade Familien und Lehrpersonen mit Migrationshintergrund das System der Schweizer Berufslehre zu wenig kennen würden. Zudem stellt sie einen Stadt-Land-Gegensatz fest: Auf dem Land sei die Lehre noch verbreiteter, auch wegen der Ausbildungsbereitschaft der KMU. An all den Veränderungen im Bildungssystem begeistert sich Kerstin vor allem für die gestiegene Durchlässigkeit. Auch mit einer Lehre sei es nun möglich, etwa über Berufsmatur und Fachhochschulen später auch noch zu studieren.

Digitalisierung in der Bildung

In der Corona-Zeit hat sich, so Kerstin, gezeigt, dass die Lehrberufe systemrelevant sind. Die zukünftigen Entwicklungen im Bildungsbereich seien jedoch noch nicht abzuschätzen. Zu erwarten sei sicher, dass die Digitalisierung immer weiter voranschreitet. Kerstin stört, dass nicht mehr oder zumindest zu wenig danach gefragt wird, wie sinnvoll welche Art von Digitalisierung ist. Soll Digitalisierung bedeuten, dass es zukünftig keine Rolle mehr spielt, welche Lehrperson vorne steht und das Gerät bedient? Oder bedeutet Digitalisierung, dass, wie mittlerweile in Basel-Land der Fall, jedes Kind einen iPad bekommt? Ist es wirklich angebracht, bei den Primarschulkindern schon auf das Buch zu verzichten? Soll die Schule nicht im Gegenteil das Lesen von Büchern fördern, ebenso fördern wie eine kritische und selbstgesteuerte Wissensaneignung im Internet? Bedeutet Digitalisierung Fernunterricht? In den Gesundheitsberufen zum Beispiel wäre dies problematisch. Aber auf jeden Fall eröffnen sich neue Möglichkeiten und Anforderungen. Es kommt zu einer Individualisierung des Lernens, die für Begabte super ist, bei der aber die andern auf der Strecke zu bleiben drohen.

Zukunft der Gewerkschaft

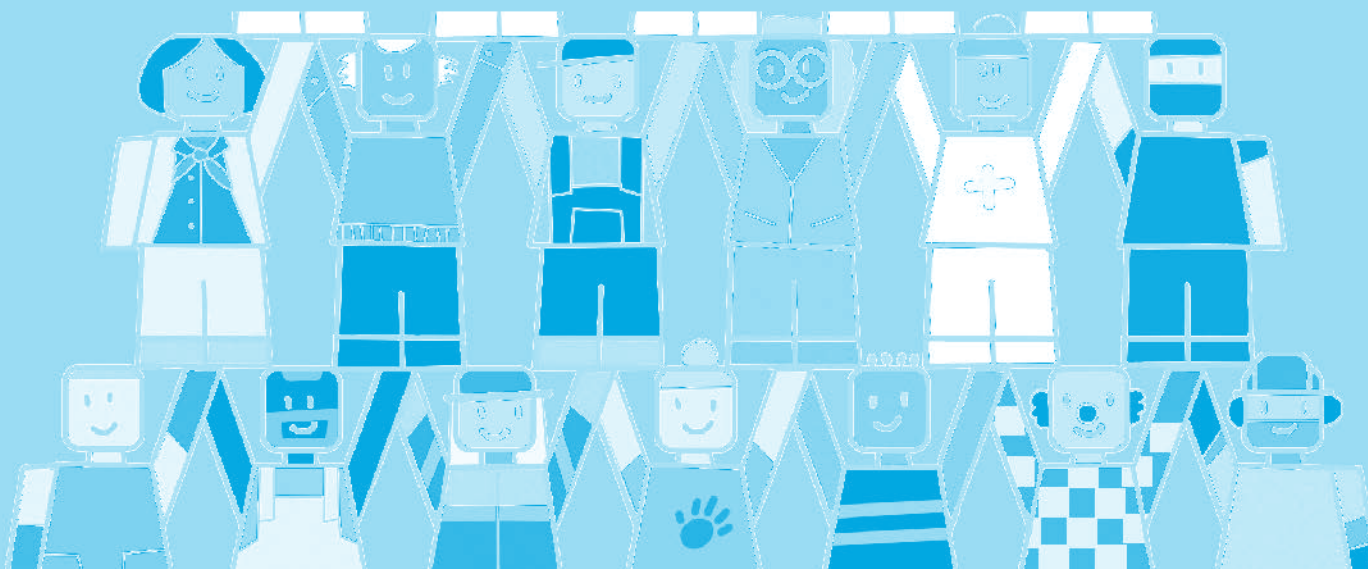
Eine Herausforderung, die sich dem VPOD Basel stellt, ist es, junge Generationen zu erreichen. Unter den Arbeitnehmenden ist immer mehr das Gefühl verbreitet, für Probleme am Arbeitsplatz selbst verantwortlich zu sein. Es wird zunehmend schwieriger, die Anliegen zu kollektivieren. Oft mangelt es an dem dafür nötigen Gemeinschaftsgefühl. Gewerkschaft verkommt so zu einer Versicherung, die den Leuten im Einzelfall bei ihren individuellen Problemen hilft. Doch Kerstin gesteht ein, dass sie früher selbst eine von denen war, die sagten, wenn ich ein Problem habe, dann löse ich das selbst mit meinem Gegenüber. Mit ihrer Arbeit beim VPOD hat sie gelernt, warum dies oft nicht funktionieren kann und warum es deshalb starke Gewerkschaften braucht. ■

27. SEPTEMBER 2020

NEIN ZUR

BEGRENZUNGSINITIATIVE!

GEMEINSAM ERFOLGREICH SEIN!



Grafik: Frau Diethelm

AZB
P.P. / Journal
CH-8036 Zürich
Post CH AG

Retouren an: vpod, Postfach 8279, 8036 Zürich

Stoppen wir die Entrechtung unserer Kolleginnen und Kollegen! Nein zur «Begrenzungsinitiative» am 27. September!

Während der Corona-Krise haben wir erleben können, wie sehr wir alle aufeinander angewiesen sind. Ohne die vielen Pflegerinnen und Pfleger mit Migrationshintergrund wäre unser Gesundheitssystem zusammengebrochen. In Spitälern in Grenznähe bilden alleine bereits die Grenzgänger*innen teilweise mehr als die Hälfte des Pflegepersonals. Wer soll die Betagten und Kranken in der Schweiz pflegen, wenn die Grenzen geschlossen würden? Oder: Viele Migrant*innen arbeiten in der Reinigungsbranche. Wer soll dafür sorgen, dass unsere Städte sauber und lebenswert bleiben?

Wir waren und sind darauf angewiesen, dass Menschen aus anderen Ländern in die Schweiz kommen und Arbeiten verrichten, für die sich hierzulande zu wenig Menschen finden. Damit kein Lohndruck entsteht, braucht es Lohnschutz: allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, Mindestlöhne, Lohnkontrollen. Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sind wichtig, sie müssen weiter ausgebaut werden. Arbeitgeber und die Politik stehen in der Pflicht, den Lohnschutz zu stärken.

Die stärkste Schweizer Partei, die rechtspopulistische SVP, hat kein Interesse am Lohnschutz, sie betreibt vor allem Stimmungsmache und Hetze gegen die migrantische Bevölkerung. Die Migrant*innen, die in der Schweiz hart arbeiten und bescheiden leben, sollen angeblich schuld sein an allen Problemen: Kriminalität, hohe Mieten, Umweltverschmutzung etc. Im Gegenteil sind es gerade die vielen Menschen mit Migrationshintergrund, die die Arbeiten verrichten, ohne die unsere Gesellschaft nicht fortbestehen könnte. Unter diesen sind viele EU-Bürger*innen, denen das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union Rechte zuerkennt, wie das Recht zum Aufenthalt zur Erwerbstätigkeit in der Schweiz, zu Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt und Familiennachzug. Das Ziel der SVP-Initiative ist es, ihnen diese grundlegenden Rechte abzuerkennen, Ausländer*innen sollen wieder zu weitgehend rechtlosen, billigen und willigen Arbeitskräften werden.

Sorgen wir dafür, dass diese Politik keine Mehrheiten erhält, stoppen wir die Entrechtung von unseren Kolleginnen und Kollegen und kämpfen wir gemeinsam für gleiche Rechte für alle in einer solidarischen und sozialen Gesellschaft! Nein zur «Begrenzungsinitiative» am 27. September!

Resolution der VPOD-Verbandskommission
Migration, September 2020

